fernen Ostens eine entscheidende Rolle spielen dürfte, ist in Japan und Korea der bedeutendste Erzeuger von Stickstoff und Ammoniumsulfat und besitzt außerdem in Korea ein elektrisches Kraftwerk, dessen Kapital 20 Mill. Yen beträgt. Durch die Neugründung, sowie die im Bau befindliche Ausweitung der übrigen Unternehmen erwartet man eine Steigerung der Ende 1928 rd. 31 000 kg betragenden Tageskapazität auf 49 000 bis 50 000 kg, von denen etwa die Hälfte exportiert wird.

Auch im Export fertiger Mischgewebe erobert Japan allmählich völlig den ostasiatischen Markt. In Jhina hat es für Kunstseidengarne und -gewebe eine Vormachtstellung errungen, so daß es im vorigen Jahre allein in Kunstseidenfertigfabrikaten 14 Mill. Yards nach Schanghai exportierte gegen nur 100 000 Yards 1927. Durch den steigenden Export von Mischgeweben, der durch die niedrigen Wehlöhne begünstigt wird, dürfte in den nächsten Jahren der Absatz japanischer Kunstseide noch wesentlich gesteigert werden. Der Anteil der Kunstseids an Mischgeweben, der 1925 erst 16 Prozent betrug, erreichte 1928 bereits 35 Prozent, so daß sich bereits eine starke Verdrängung der Baumwollgewebe bemerkbar machte.

Das Vorgehen der Kunstseidekapitalisten ist nur ein Ausschnitt aus dem Imperialismus überhaupt. Dem europäischen Kapital wird in absehbarer Zeit die Amerikosphäre überhaupt verschlossen sein, so daß ihm zur Realisierung seines Mehrwerts nur noch der ferne Osten bleibt. Und diesen versperrt es sich durch die Industrialisierung, zu der es seine Profitnotwendigkeit zwingt. Die Arbeiter werden dadurch auf die Straße gesetzt. Ihre Aufgabe ist es, sich vorzubereiten, um die Wirtschaft ihren eigenen Bedarf zu übernehmen.

Kampf unter den Oeldieben

Von

Dan. Horsley.*)

(Fortsetzung.)

Krumme Geldgeschäfte.

Die im „Teapot-Dome-Skandal" gemachten Untersuchungen legte die schon erwähnte Art von Geschäft (man nannte das Transaktionen) zum Teil bloß. Am 26. Mai 1923 wurde die „Continental Trading Co." aufgelöst, wobei sie ihren „1,50-Dollar-Tonne-Kontrakt" an die „Prairie Sinclair Companen" abtrat, und die letztere wiederum ihren „1,75-Dollar-die-Tonne-Kontrakt" zugleich loswurde. Als Entschädigung für den Profitverlust der „Continental Trading Co." zahlte die „Prairie Sinclair Co." 400 000 Dollar. Die Gesamtprofite der „Continental Trading Co." hatten 3 080 000 Dollar betragen, die man in Liberty-Obligationen umgesetzt hatte, wovon je 2% in gleichen Beträgen an Sinclair, O. Neil, Stewart und Blackmer gelangt waren. Zur Zeit der Abtretung verblieben der „Prairie Sinclair Co." noch 24 000 000 Tonnen Oel fertig zur Lieferung. Dieses Oel repräsentierte einen wirklichen Wert von 6 Millionen Dollar und war also für nur 400 000 Dollar erworben.

Durch diesen neuen Vertrag ist erwiesen, daß man auch noch den Rest des ersten Kontraktes (von 1,50 Doll. zu 1,75 Doll.) erledigt hätte, wenn nicht die Entdeckung des Schwindels dazwischen gekommen wäre und zu dem eben geschilderten überstürzten Verlustgeschäft gezwungen hätte. Als das Senatoren-Committee Mister Stewart vernahm, hatte sein Gedächtnis bezüglich der Transaktionen der „Continental Trading Co." nördlich sehr gelitten. Die Verwicklung der ganzen Gruppe in den Skandal konnte jedoch bewiesen werden. Es wurde festgestellt, daß die „Prairie Sinclair Companen" jeden Monat der „Continental Trading Co." an die Adresse der Dominion-Bank in New York, und manchmal an das Rechtsbüro Osler, ausführliche Berichte über das erhaltene Oel während des vorhergegangenen Monats, gleichzeitig mit dem Kaufpreis von 1,75 Dollar die Tonne überwiesen. Osler instruierte die Dominion Bank dann, den Humphrey-Companen den Kaufpreis von 1,50 Dollar die Tonne zu überweisen. Zu Beginn dieser Operationen gab Osler der Dominion-Bank allgemeine Instruktionen zum Erwerb von Liberty-Obligationen mit dem überschüssigen Kapital der „Continental Trading Co.". Er erklärte das damit, daß man kein Interesse daran gehabt hätte, die Sache verbreitet zu sehen und gleichzeitig mehr von dem Geld, als nur Bankzinsen erhalten wollte.

Vier Päckchen Beute.

Man beachte, wie die Uebertragung des Geldes stattfand. Man wünschte eine hohe Verzinsung des Geldes und drückte sich überdies von der Einkommensteuer. Es folgt nun, wie die Obligationen an Osler geliefert wurden.

Lange bevor Stewarts Wiedererscheinen vor dem Committee am 24. April 1928, waren die Untersuchungen im Falle Sinclair beendet. Mehr noch: durch die Zeugenaussagen eines Bankbeamten, welcher die Erwerbungen von Liberty-Obligationen bearbeitete, erfuhr man, daß diejenigen, welche an Osler geliefert wurden, in vier gleiche Pakete, jedes für sich eingepackt wurden. Ebenso erfuhr das Committee bei der Suche nach Stewarts Konten bei der „Continental & Commercial National-Bank" in Chikago, daß Stewart im Dezember 1922 und Dezember 1923 auf sein persönliches Konto Kupons von Liberty-Bonds der gleichen Ausgabe hinterlegt hatte, wie jene, welche die „Continental Trading Co." erworben hatte. Diese Kupons repräsentierten einen Wert von mehr als 750000 Dollar. Das Committee erfuhr ebenfalls, daß zwischen den Liberty-Bonds, welche die Federal-Reserve-Bank in Chikago an dem Tage zur Kollektion erhielt, als Stewart seine Kupons deponierte, solche waren, deren Nummern mit denen, die von der „Continental Trading Co." erworben waren, übereinstimmten.

Stewards Aussage am 24. April 1928 bewies, daß er Liberty-Bonds in seinem Besitz hatte, von welchen er bereits am 26. November 1921 wußte, daß sie weder der „Sinclair Rohoel Co." noch der „Standard Oil-Indiana" gehörten. Anfangs diese Tatsache seinem Aufsichtsrat der Direktoren zu unterbreiten und die Obligationen sofort zu überweisen, ernannte er einen geheimen Trust und machte einen untergeordneten Angestellten (Rey l'Barnett) zum Bevollmächtigten dieser Gesellschaft. Er führte weder selbst Buch, noch verlangte er von Barnett schriftlichen Bericht. Es existierte nichts über die Transaktionen, nur der mit Bleistift geschriebene Trustvertrag, der sich in Stewarts Banksafe befand. Die vom Trust gedeckten Obligationen lagen in einem Safe, zu dem Stewart Zutritt hatte, doch er übergab diese nicht eher ihren wahren Eigentümern, als am 20. April 1928. (Das war, als die Sache ihm gefährlich werden konnte.)

Interessante Fragen des Senator Walsh.

Während der Verhandlungen frug Senator Walsh Mr. Stewart folgendes: „Colonel, Sie sagten in ihrer gestrigen Aussage, es wäre keine Sache von Wichtigkeit für Sie, ob jemand von diesem Verkauf (der Transaktion) eine Provision erhielte. Haben Sie irgendwelche Informationen über Personen, welche bei diesem Geschäft verdienten oder verdienen wollten?" Colonel Stewart antwortete: „Ich hatte keine bestimmten Unterweisungen darüber Ich habe mich nicht darnach erkundigt und habe mich überhaupt nicht darum gekümmert. Wenn Mr. Blackmer eine Provision aus diesem Geschäft zog, so hatte er das unbedingte Recht dazu. Ihn banden keinerlei Verpflichtungen, weder an die „Standard Oil Co. Indiana", oder die „Sinclair Rohoel Erwerbs Co.". Er war weder Besitzer noch Direktor."

Mr. Blackmer erhielt 750 000 Dollar in Liberty-Bonds. Er Stewart dieses um und sollte unter Untersuchung gestellt werden, doch hielt er es für sicherer, nach Frankreich zu fahren.

Mr. O'Neil bekam 800 000 Dollar und ist ebenfalls verschwunden.

Mr. Osler setzte 759 000 Dollar um in Liberty-Bonds. Mr. Stewart wurde später von den gegen ihn erhobenen Beschuldigungen freigesprochen.

Stewart wird in Sachen Fall freigesprochen.

Mr. Sinclair wurde ebenfalls in der Angelegenheit mit Mr. Albert Fall freigesprochen. Federal Richte McCoy entschied, daß die Anklagen gegen Fall, welcher von dem jungen Dohenny auf Veranlassung des alten Dohenny 100 000 Dollar in bar erhielt, keine regulären Anklagen seien, denn ein Assistent des Ober-Staatsanwalts Stene war im großen Gerichtssaal anwesend, als der Beweis dafür erbracht wurde. Er hält eine Weiterverfolgung für gesetzwidrig, da auf Verlangen des Präsidenten Coolidge die Sache aus den Händen der Justiz an den Senat weitergeleitet war mit dem Beichl, einen besonderen Anwalt zur Verfolgung der Sache zu ernennen. Mit kapitalistischer Logik wurde dieser Gnadenakt vom Richter McCoy auch auf die Dohennys ausgedehnt: Männern, die sich Reichtümer erwarben durch Verkauf von staatlichen Oelfeldern, durch den Riesenbetrug von Teapot Dome. Mand fand, daß Reichtum, einerlei wie erworben, wenn er nur aus der Schröpfung der Dummen entsteht, auf Kosten der Arbeiter erzeugt wird, nicht vom Gesetz erfaßt werden kann. Die Justiz ist für andere Leute da, und in diesem Falle um so weniger anwendbar, da eben alles, was am Teapot-Dome-Skandal beteiligt, oder auch nur entfernt darin verwickelt war, die höchsten Staats- oder Gesellschaftsstellungen einnahm. Die dunklen Geschäfte führten über den Innenminister bis ins Weiße Haus zum Präsidenten. Da war es also nur selbstverständlich, daß alle Beteiligten außer den kleinen Schächern, die mit ihren paar Millionen Franc in Paris einen guten Tag haben, freigesprochen wurden. Der Prozeß war erledigt, das Geschäft kann weitergehen.

Rockefeller wurde ignoriert.

Obwohl John D. Rockefeller keine Anstrengungen machte, den Profit aus den „krummen Geldgeschäften" für sich einzustreichen, waren es doch nur eine Handvoll Herren, die ihn unter sich verteilten. Die Oelarbeiter können wirklich stolz sein auf die profitablen Geschäfte ihrer Leiter. Denn sie glauben doch, daß sie durch den Arbeiter-Aktienplan selbst in der Lage sind, die Affären der Industrie zu kontrollieren. Aber nichts davon; auch als Aktienbesitzer haben die Arbeiter nichts zu melden. Man macht Geschäfte mit ihnen und gegen sie. Man zieht nicht allein den Mehrwert durch Arbeit, sondern profitiert noch ein zweites Mal durch Diebstahl an der eigenen Gesellschaft, also dem Arbeiter-Aktienbesitzer. So dienen diese Arbeiter-Aktien dem Unternehmen besser, als irgend etwas anderes, und dies um so mehr, da sie die Gesellschaft nicht hindern, auch Aktienbesitzer auf die Straße zu werfen. Wir werden hören, was die Unternehmer davon denken und wie raffiniert sie die Arbeiter überzeugen wollen. Mr. Stewart sprach am 12. Mai 1926 auf einer Angestellten-Versammlung: „Der erste Aktienkauf macht deich (den Arbeiter und Angestellten) zu einem der beiden mächtigsten Faktoren in der Kontrolle der Standard Oil Co. Indiana. Das Rockefeller-Fundament hat nur ungefähr 1% mehr Aktien als die Angestellten, welche zusammen 4,2% besitzen. Es ist mein Wunsch, daß wir eines Tages so weit sind, daß der Präsident des Aufsichtsrats sowie alle Direktoren von den Arbeitern selbst gewählt werden." So werden sich also bald alle auf der gleichen Linie bewegen und Henry Dubb, oder wie der Arbeiter heißt, ist tatsächlich dasselbe wie Rockefeller, das Nachspiel betrachtend, will es aber scheinen, daß die Arbeiter sich an einer anderen Stelle als „ihrer Fabrik" befinden werden, wenn es soweit is. Ein Brief von der „Standard Oil Co. Indiana" berichtet:

Die „hohe Moral" der Lohnsklaven.

„Die außerordentlich hohe Moral der Arbeiter und Angestellten der „Standard Oil Co. Indiana" wurde 1927 durch den Umstand bewiesen, daß trotz einer Verminderung der Arbeitskräfte um 2600 Mann, die Herstellungs- und Verkaufsabteilungen der Gesellschaft in der Lage waren, eine Vermehrung der Produktion unter gleichzeitiger Verringerung der Herstellungskosten aufzuweisen. Indem man diese Tatsache auch durch verbesserte Produktionsmethoden und zunehmende Leistungsfähigkeit der Verwaltung erklären könnte, so ist das Ergebnis doch außerordentlich ohne die „hohe Arbeitsmoral", die unsere Angestellten bewegt. Denn die Verwaltung kann nur da solche Wirkungen erzielen, wo sie im Einklang mit der Pflichttreue einer großen Körperschaft von Angestellten steht. Solche Unterstützung und Mitarbeit werden von der Leitung und der Kompagnie dankbar anerkannt. Zugleich weisen wir darauf hin, daß, während die Arbeitskräfte auf das Notwendigste reduziert wurden, keine Beschneidung der Löhne vorgenommen wurde, und dies, trotzdem die Oelindustrie mit den ungünstigsten Umständen zu kämpfen hatte."

Die Arbeiter der Oelindustrie sollten diesen Brief aufmerksam lesen. Gibt es also eine Hoffnung für Euch, Eure Verhältnisse durch den Kauf von Aktien zu verbessern? Wenn die kapitalistische Psychologie auch behauptet, daß der Besitz eines Aktienanteils dem Arbeiter das Gefühl des Miteigentümers verleiht, so ändert das nichts an der Tatsache, daß es ihn praktisch nur zur Arbeit antreibt. Die Dividenden an seinen Zwerg-Obligationen zu vergrößern, wird ihm nicht nur Ziel, sondern auch Fetische. Mit Entfaltung von Pflichttreue entsteht nur eine verbesserte Eignung zum Ausbeutungsobjekt; als Resultat dient das Beispiel der „Indian Standard" vortrefflich: steigende Produktion bei 2600 Arbeiter weniger. Aktienbesitzt schützt nicht, wie oft behauptet wird, vor Arbeitslosigkeit, sondern ist ein sicheres Mittel, um in ihren Genuß zu kommen. Damit ist die eben gestellte Frage beantwortet. Sie sagten zwar: der Abbau der Arbeiter hatte keinen Abbau der Löhne zur Parallele; der angebliche Lohn blieb derselbe. Gewiß, jedoch im Verhältnis zur Gesamtproduktion die Zahl der Arbeiter verglichen, wurde der Lohn relativ doch verkürzt. Der Kampf um die Kontrolle des Oelmarktes mag sich auf Dich als Aktienbesitzer nicht auswirken, aber als Arbeiter bist Du sein Opfer. Es ist die Tendenz des Kapitalismus, in immer größere Gebilde mit immer weniger Arbeiter zu verschmelzen.

So ist es in dem jetzt tobenden Kampf zwischen Rockefeller und Stewart für die Arbeiterschaft unwichtig, wer von beiden gewinnt. Beide wollen die Herren Eurer Zukunft sein. Sie sind zwei Seelen, doch ein Gedanke: ausbeuten bis zum äußersten. Wenn ihr Arbeiter an der Kontrolle der Gesellschaftsmissen zu werden, dann wagt nur zu sagen: „Aber wir glauben Sie mai, dies ist eine Angestellten-Kompagnie, und ich kann nicht nicht selbst rauswerfen!" Ohne Zweifel werdet ihr dann eine freie Untersuchung bezüglich eures geänderten Zustandes erhalten.

Es bleibt dabei: Die Arbeiter haben nichts in Gemeinschaft mit — noch zu erwarten von der Unternehmerklasse. Sie müssen sich organisieren, wie diese Bande sich organisiert hat. Es bedarf keiner weiteren Beweise mehr. Nicht ungestraft hat sich das Proletariat schuldig gemacht und täglich wird die Strafe erneuert. Denkt an Tom Mooney, Warren Billings, die Centralia-Opfer und alle die Märtyrer der Arbeiterklasse, der Klasse, für die es höchste Zeit ist, die Kapitalistenpläne zu durchkreuzen, den Kapitalismus zu beseitigen. Helft den Lohnarbeitern beizeiten lernen, daß all diese Börsenpläne und Ränke, alle die faulen Geschäfte, die man immer angeblich zu „eurem Nutzen" macht, nur raffinierte Schlingen sind, euch zufrieden an die Arbeit zu schnüren, um noch ein paar Parasiten mehr die Bäuche zu füllen.

(Aus Nr. 10 u. 11 der „Industrial Solidarity" für die „KAZ" übersetzt von P. M. [U.S.A.])

(Ein Nachtrag des Uebersetzers folgt in nächster Nummer.)

Aus der Bewegung

Siebenprozentler

Im „Kampfruf" war nach der letzten Reichskonferenz viel von Beschlüssen mit siebenachtel Mehrheit die Rede. Davon, wie diese „Siebenachtel-Mehrheit" zustande kam, berichtete man natürlich nicht; daß z. B. der Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg in seiner Mehrheit mit diesem Reichsausschuß gar nichts zu tun haben will, ein großer Teil der Mitglieder die Reichskonferenz in dieser Aufmachung für völlig überflüssig hielt, sich bei der Wahl der Delegation demonstrativ der Stimme enthielt und die Bezirke Nowawes und Eberswalde dem Reichsausschuß ihr Mißtrauen aussprachen. Von Cuxhaven werden daher 300 Mitglieder gemeldet; ein nachweisbar hundertprozentiger Schwindel! Der sonstige „Bericht" besagt überhaupt nichts. Man hielt es dann bei der Berichterstattung für notwendig, zu bemerken, daß das Referat über die politische und wirtschaftliche Lage „allgemein abgelehnt" wurde. Die Wahrheit ist, daß man dem Referenten zugestand, seinen Standpunkt ohne Einschränkung zum Ausdruck zu bringen, und ihn ersuchte, sein Referat schriftlich für die Presse niederzulegen, weil diese Herrschaften wohl verleumden können sonst aber völlig unfähig zu politischer Arbeit sind.

Dieses Referat, daß jedem Mitglied der Union noch etwas hätte geben können, hat man so „gebracht", wie es den Schiebern beliebte. Was nicht die abgestempelte „Meinung" der Macher dieser Konferenz war, wurde gestrichen, der Schluß wurde glattweg unterschlagen. Dafür leistet man anderweitig „positive Arbeit". Man verschickt Rundschreiben mit der Aufforderung, die „KAZ." abzubestellen, weil man fürchtet, daß den eigenen Mitgliedern ein Licht aufgesteckt werden könnte was gespielt wird; und einzelne Unentwegte haben darauf in der Tat den bestellten Brief geschrieben.

Wir können solch kurzsichtiger Menschen willen nicht darauf verzichten, das auszusprechen, was wir im Interesse der revolutionären Bewegung dem Proletariat schuldig sind, und stellen an alle Genossen der Union, die das nicht verstehen können, die Frage, ob sie gewillt sind, zu willenlosen Werkzeugen von Kretins herabzusinken, wie ein Mitglied des Reichsausschusses, Mahlke, der hinging, und den Saal für eine Maiversammlung der KAPD. „abbestellen" wollte, aber durch telepathische Rücksprache des Saalinhabers entlarvt wurde. Diese Methoden charakterisieren nur zu deutlich die Moral politischer Zyklerleute.

Chronik

Ein Attentat auf Woldemaras, den litauischen Ministerpräsidenten und Kommunistenhenker, den Verbündeten Rußlands, wurde am 6. Mai in Kowno verübt. Es wurden 6 Schüsse abgegeben, die sämtliche des Henkers Adjutanten trafen und ihn auf der Stelle töteten. Woldemaras wurde verletzt, ebenso soll seine Frau verwundet sein. Man glaubt einer Verschwörung revolutionärer Ittauischer Emigranten auf der Spur zu sein da gleichzeitig in der Staatsoper in der ein Gastspiel des Leningrader Glajunow-Quartetts stattfinden sollte, 2 Bomben gefunden wurden.

Ein kapitalistisches Kulturbild aus Polen meldet der Esperanto-Dienst. Das Lodzer kulturelle Bildungssam veranstaltete eine Ermittlung über schnapstrinkende Kinder. Von 52 399 Kindern trinken 44 622 Branntwein (22 765 Knaben und 21 857 Mädchen). Das sind 85,2 Prozent! 1106 Kinder (583 Knaben, 578 Mädchen) nehmen täglich Branntwein zu sich 5609 Kinder (1883 Knaben, 1726 Mädchen) trinken mehr als einmal in der Woche, der Rest nur gelegentlich. In den allermeisten Fällen erhalten die Kinder den Alkohol von ihren Eltern. 684 Kinder kaufen aus eigenem Antrieb Schnaps.

Buchbesprechungen

Die Welt ohne Zuchthaus. Von Fritz Wittels. Hippokrates-Verlag, Stuttgart, Leipzig, Zürich. 292 Seiten brosch. 5 Mk., Leinen 7 Mk.

Das Buch ist empfehlenswert, da es sich mit der Psychologie des heute lebenden Menschengeschlechts befaßt. Insbesondere des Teiles, der auf Grund des bestehenden Klassensystems außerhalb der Gesellschaft gedrängt wird und somit ewig der Klassenjustiz ausgeliefert ist. Leichtverständlich geschrieben, gibt es jedem Arbeiter-Gelegenheit, sein Wissen auf dem Gebiete der Psychoanalyse zu erweitern. Vom Standpunkte des revolutionären Proletariats muß jedoch gesagt werden, daß der Verfasser, wenn er glaubt, daß nur durch die fortschreitende Allgemeinbildung diesem bestehenden Zustand unentrinnbar ist. Wen Arm schallen werden kann ohne eine grundsätzliche Aenderung der bestehenden Gesellschaftsverhältnisse der revolutionären Arbeiterbewegung fremd gegenübersteht. „Die Welt ohne Zuchthaus" wird erst durch das siegreiche Proletariat in der kommunistischen Gesellschaftsordnung verwirklicht werden.

Gorki, Märchen der Wirklichkeit. Preis brosch. 3,— Mk., gebunden 5,— Mk.

Vor uns liegt ein Band kleiner Geschichten, die Gorki schon selbst als „Märchen der Wirklichkeit" bezeichnet. Das Buch ist in zwei Abschnitte geteilt: In italienische und russische Märchen. Kleine Geschichten aus dem Leben der Arbeiterklasse, die sich würdig in die Gesamtausgabe von Gorkis Werken des Malik-Verlages einreihen. Als Unterhaltungslektüre ratur jedem Arbeiter zu empfehlen.

Bücher-Ecke

	brosch.	Leinen
Maxim Gorki, Märchen der Wirklichkeit	3,— Mk.	5,— Mk.
Maxim Gorki Erinnerungen	3,— „	5,— „
Grusdew, Das Leben Gorkis	3,— „	5,— „
Max Hölz, Vom weißen Kreuz zur roten Fahne	2,40 „	4,80 „
30 neue Erzählter des neuen Rußlands	5,50 „	8,— „
Anton Putz, Die Insel der Nickten	„	4,50 „
Remarque, Im Westen nichts neues	4,— „	6,— „
Otto und Alice Rühle, Sexual-Analyse	3,50 „	5,— „
Upton Sinclair, Sündenlohn	2,80 „	4,80 „
Upton Sinclair, Petroleum	4,80 „	7,— „
F. C. Weisskopf, Wer die Wahl hat, hat die Qual	2,40 „	3,80 „

Zu beziehen durch die

Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Herausgeb. und f. d. Inhalt verantwortl.: Wilh. Tietz-Berlin N. Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Iszdonat, Berlin O 17.

10. Jahrg Nr. 20 / 19

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 18. Mai 1929

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Um den Reichsbankrott

Abbau der Arbeitslosenversicherung — Neue Steuern — Eine neue Teuerungswelle

Vor der Einigung

78 Jahre Reparationszahlungen — 1675 bis 2350 Millionen Mark jährlich!

Auf den imperialistischen Vorstoß von Dr. Schacht in den Pariser Reparationsverhandlungen, durch den die Pariser Konferenz zu scheitern drohte, reagierte das deutsche Kapital mit einer ungeheuren Markflucht, die zu einer starken Dollarhausse führte. Die Reichsbank, welche schon bis zur letzten Aprilwoche 123 Millionen Mark an Gold und Devisen hatte abgeben müssen, war wiederum zu einer erneuten Abgabe von 150 Millionen Reichsmark gezwungen worden. Infolgedessen verschlechterte sich die allgemeine Wirtschaftslage noch ganz erheblich. Dazu kam, daß die Reichsbank zu einer rigorosen Kreditbeschränkung sich entschließen mußte. Die von rechtsradikaler Seite geschürte Flucht in fremde Währung sollte zur Einschaltung des Transferschutzes und zur Aussetzung der Barzahlung durch den Reparationsagenten führen. Die Wirkung dieser Maßnahme war aber eine starke Bedrohung der deutschen Währung und der Anlaß zur Kündigung der kurzfristigen Kredite durch das Ausland. Die Situation war so bedrohlich, daß die gesamte Aufbauarbeit und die Zukunft des deutschen Imperialismus gefährdet erschien, weil auf diese Weise der deutschen Wirtschaft die von ihr aufgespeicherten Reserven, welche unbedingt zur Fortführung der Wirtschaft notwendig waren, entzogen wurden.

Nachdem das deutsche Kapital unter größten Anstrengungen das ausländische Kapital herangezogen hatte wurde jetzt nicht nur das ausländische Kapital wieder herausgedrängt, sondern auch das inländische Kapital gezwungen, im Auslande Verwendung zu suchen. Die bisherige Konjunktur und der bisherige Aufbau war nur durch den ausländischen Kredit vollzogen worden. Wenn diese Grundlage wegfiel, so war der deutschen Wirtschaft der Boden entzogen. Erst jetzt merkte das deutsche Kapital, daß der Dawesplan mit seiner Festlegung bestimmter Zahlungen unentbehrlich für die weitere Existenz des deutschen Kapitals ist. Die Einigung mit seinen Gläubigern mußte es daher auf jeden Fall zu erreichen suchen. Dieser Umstand vollzog sich innerhalb von zwei Tagen. Was die sozialdemokratische Müller-Regierung bei ihren Sachverständigen nicht erreichen konnte, erreichten die harten Tatsachen, der drohende Bankrott. Das Bankkapital bemerkte, daß die Katastrophenpolitik sich zu einer Katastrophe für das deutsche Kapital auswuchs. Es mußte auf jeden Fall verhindert werden, daß die Flucht in fremde Währung endgültig vollzogen wurde, und daß damit die von der Reichsbank abgegebenen 1½ Milliarden Gold und Devisen restlos für die deutsche Wirtschaft verloren ging. Deshalb drängte das Bankkapital zu einem Abschluß mit den Gläubigern in Paris. Aus dem drohenden Abbruch der Konferenz wurde eine fast bedingungslose Annahme des Gläubigerdiktats. Dr. Schacht hat sich mit einem Kompromißvorschlag Owen Youngs einverstanden erklärt. Seine früheren politischen Vorbehaltungen, in denen er unzweideutig Kolonien und den polnischen Korridor forderte, hat er restlos fallen lassen. Lediglich hat er versucht, für Deutschland eine nochmalige Revisionsmöglichkeit nach Ablauf von 10 Jahren für den Fall durchzudrücken, daß sich die Zahlungen für die deutsche Wirtschaft als zu schwer erweisen sollten. Ferner verlangte er, daß die mit dem Dawesplan zusammenhängenden Kontrollen und Pfänder fallen sollten. Diese beiden Vorbehalte sind auch kaum ernstlich gemeint. Das deutsche Kapital wird auf sie auch glatt verzichten, wenn die Gläubiger darauf bestehen. Dies ist aber mit Sicherheit anzunehmen, da die Gläubigerstaaten eine Entlösung, aber kein Provisorium haben wollen. Das Druckmittel der Kontrolle ist besonders für das französische Kapital von außerordentlicher Wichtigkeit, weil es ihm auch die Kontrolle der imperialistischen Absichten des deutschen Kapitals ermöglicht.

Da zu anzunehmen ist; daß auch die Sachverständigen der Gläubigerländer dem Plan von Owen Young beitreten, so muß das deutsche Kapital mit folgenden jährlichen Zahlungen rechnen: Der Younsche Vorschlag geht von einer Jahreszahlung in Höhe von 1675 Millionen aus und läßt diese alljährlich zunächst 10 Jahre lang um 25 Millionen ansteigen, um mit Ablauf des zweiten Jahrzehnts einen Höchststand von 2350 Millionen zu erreichen, der erst nach 37 Jahren auf etwa 1700 Millionen zurückgeht, die noch weitere 21 Jahre laufen sollen. Danach sind 78 Jahre lang Zahlungen zu leisten. Dieser Kompromißvorschlag ist bedeutend schlechter als der erste Kompromißvorschlag von Young, den die deutsche Delegation früher abgelehnt hat. Die Taktik der Katastrophenpolitik hat dazu geführt, daß der deutschen Arbeiterschaft, denn diese muß in der Praxis die Reparation bezahlen, noch höhere Beträge aufgehalst werden.

Neben der Höhe der Zahlung handelt es sich noch im wesentlichen um den Prozentsatz der Sachlieferung, die anfangs-

Vorwärts — über den Mai hinaus

Wir haben in den vorausgegangenen Nummern der „KAZ." sehr deutlich unsere Meinung über die Pogromhetze der SPD. und der Gewerkschaften gesagt. Wir haben weiter aufgezeigt, warum die SPD. und die Gewerkschaften den 1. Mai zum Anlaß nahmen, um das verschärfte Terrorregiment gegen das Proletariat zu legalisieren. Wir haben darauf hingewiesen, daß die allgemeine Krise ihre Schatten wieder dunkler und weiter wirft, trotz des Geschreis über die „zurückgehende" Arbeitslosigkeit; daß vielmehr der Uebergang von Schuldenmachen zum Schuldenbezahlen jenes Mehr von Ausbeutung bedingt, daß die Bourgeoisie glaubt, keinen Zweifel mehr zu dulden, daß die entsicherten Gewehre diesem Zweck dienen, und die „Demokratie" nur noch möglich ist mit einem Schloß vor dem Maul der Proletarier, die unter dieser Ausbeutung stöhnen.

Aber wir haben auch gesagt, daß diese Feststellung nicht genügt, und die konterrevolutionäre Politik der SPD. und Gewerkschaften kein Freibrief sein darf, einer utopistischen Phrasendrescherei das Wort zu reden, umso mehr nicht, als diese Phrasendrescherei gerade durch die Mai-Aktion sehr deutlich entlarvt worden ist. Eine Fortsetzung dieses Kurses, des Kurses der KPD., muß das Proletariat ohne Möglichkeit des ernsthaften Widerstandes der schwarz-rot-gelben Konterrevolution ans Messer liefern.

Ein Blick in die Presse der KPD. genügt, um eine heillose Verwirrung festzustellen. Angesichts der Tatsache, daß der RFB. verboten, die „Rote Fahne" verboten, ein Dutzend Parlamentarier aus dem Landtag geworfen sind und die Schnelljustiz im laufenden-Band-Tempo arbeitet, sucht man vergebens nach einer Linie, nach einem Gedanken, der von den grundlegenden Erfahrungen der letzten Vorkommisse befruchtet wäre. Man geht in einem eleganten Bogen über die Tatsache hinweg, daß alle großen „Siege" der KPD. in der letzten Zeit ein ordinärer Bluff waren; daß selbst die Maßregelung der Betriebsräte der Verkehrsarbeiter in Berlin keinen Hund aus den „roten" Belegschaften hervorlockte, daß die KPD. auf weiter Flur allein schreitet, ohne beachtet zu werden. Daß die KPD. den Kopf verloren hat und in ihrer Kopflosigkeit zu jeder Verantwortungslosigkeit fähig ist, die schon Karl Marx mit den oben zitierten Sätzen brandmarkte.

Wir lesen da, daß die Presse der Sektionen in den einzelnen Ländern, z. B. die Humanitee in Frankreich, von einem heldenhaften Barrikadenkampf der Berliner Arbeiter faselt, die in heldenhaftem Kampf mit der Polizei die Straßen Berlins tagelang verteidigten. Die Presse der KPD. ist stolz darauf, daß kein Polizist getroffen wurde, und führt dies als Beweis dafür an, daß die Demonstranten die friedfertigsten Menschen waren. Und dem ist auch so. Aber der Versuch im Ausland zu prahlen mit Dingen, die gar nicht waren, genügt für die Justiz als Beweis! Die Folgen für diese „geschickte" Taktik tragen die Proleten, die in die Gefängnisse wandern.

In Wirklichkeit beabsichtigte die KPD. einen „Erfolg" so auf ihre Art. Sie spekulierte darauf, daß Zörgiebel nicht schießen lassen wird, daß die friedlichen Demonstrationen steigen können; wenn auch mit wenigen „Hoch!" und „Nieder!" In diesem Falle hätte man dann wieder einen billigen „Erfolg" aufbauschen können als eine riesige Kraftleistung der KPD. — Nun ist der Schwindel geplatzt, und die innere Hohlheit dieser Phrasentaktik in ihrer ganzen Jämmerlichkeit entlarvt.

Als „positive" Lehren lesen wir nun wieder einmal in einem Bündel Forderungen von allen möglichen Abwehr-, Selbstschutz- und sonstigen Komitees, von denen man nicht weiß, was sie vorstellen, was sie wollen, und wo sie herkommen. Aber um die Frage, daß die Arbeiterklasse als Klasse organisiert sein muß, wenn sie kämpfen will, geht die KPD. herum, wie die Katze um den heißen Brei. Die KPD. sträubt sich hartnäckig die Frage der Organisierung der Arbeiterklasse gegen Gewerkschaften und Sozialdemokratie zur Diskussion zu stellen. Sie bleibt ihrem Prinzip treu, die Arbeiter weiter in die Gewerkschaften zu treiben, um sie so zur Aktionsunfähigkeit zu verdammen.

Warum die KPD. das tut, ist einfach. Sie kann als parlamentarische Partei der Politik der Phrase und der Lüge nicht entsagen, weil sie als parlamentarische Partei sich nach den Massen richten muß, denen sie das Prinzip Opfern muß. Sie kann den Arbeitern nicht sagen, daß die Arbeiter selbst sich organisatorisch vom Reformismus lösen, ihre eigene Organisation in den Betrieben schaffen müssen, um so eine Einsicht in ihre eigene Kraft, in die eigene Sicherheit des Handelns zu bekommen. Sie kann den Arbeitern nicht sagen, daß die Arbeiter selbst den Anfang machen müssen zur organisatorischen Emanzipation auf höherer Stufe, als Klasse von Betrieb zu Betrieb, weil sie nur durch die von den Betrieben aus getragene Aktion der Massen selbst vorstoßen können gegen verschärfte Ausbeutung und verschärften politischen Terror; weil dieser Kampf ein Teil des großen Machtkampfes gegen die Bourgeoisie ist, ohne dessen siegreiche Durchführung kein Ausweg möglich ist. Sie kann den Arbeitern das nicht sagen, weil damit an der Existenzberechtigung der parlamentarischen Partei gerührt wird, die nur existieren kann von Bluff und Phrasen und gelegentlichen Putschen.

Die Proletarier jedoch stehen vor ernsthaften historisch-geschichtlichen Entscheidungen, und so kritisch und krisenschwanger die Lage, so klein ist erst der Anfang. Alles kommt darauf an, über den berechtigten, aber negativen Haß gegen die Sozialfaschisten hinaus die nüchterne Erkenntnis zu wecken, daß die Form der Bewegung sich ändern muß, auch wenn die kleinbürgerlich-parlamentarische Führerkaste, die mit ihrem Horizont in dem ständigen Gestern steckt, das nicht begreifen kann. Mögen sie ihre Partei zu Grunde richten — das ist das eherne Gesetz der Geschichte — das Proletariat muß sich retten von den Folgen der Experimente, die bei der eigenen Logik ständiger Wiederholung das Proletariat demoralisieren, zersplittern, aufreiben. Es muß alle Kraft daransetzen, sich herauszuarbeiten aus dem Sumpf einer längst bankerotten Führerpolitik, nur mit klaren Augen und verantwortungsbewußter Unerbittlichkeit seine Kräfte zu sammeln und in Bewegung zu setzen gegen eine Welt, die für es zur unerträglichen Hölle geworden ist, die nicht mehr gebessert werden kann, die in ihrer Ganzheit gegen die Welt der Arbeit und Arbeiterklasse steht.

lich die Hälfte der Jahreszahlungen betragen und im Laufe von 10 Jahren abgebaut werden sollen, um die Formulierung des Transferschutzes, den man im wesentlichen zugunsten eines Rechtes auf ein zweijähriges Teilmoratorium fallen gelassen hat, um Einzelheiten im Aufbau und Aufgabenkreis der Reparationsbank, deren Funktion und Wirkung bereits in einem früheren Artikel eingehend behandelt ist. Die Einzelheiten des Youngschen Planes sind der Oeffentlichkeit noch nicht unterbreitet. Es wird auf sie nach erfolgter Einigung noch besonders eingezangen werden müssen. Schon jetzt steht fest, daß die deutsche Bourgeoisie sich noch immer in vollkommener Abhängigkeit vom Ententekapital befindet. Der Aufbau, welchen es seit der sogenannten Stabilisierung vollzogen hat, ist nur ein künstliches Gebilde, dessen Sein und Nichtsein vollkommen von den Gläubigerstaaten abhängt. Damit ist nicht gesagt, daß die Gläubigerstaaten das deutsche Kapital einfach vernichten können. Sie brauchen den Tribut, den ihnen das deutsche Kapital serviert, um ihre Verpflichtungen gegen das amerikanische Kapital zu decken.

Der deutsche Imperialismus hat in Paris einen starken Schlag erhalten. Es ist ihm klar gemacht worden, daß seine Blüte nur eine Scheinblüte ist. Selbst seine riesige Industriemacht kann es nicht davor bewahren, augenblicklich noch dem Diktat der Gläubiger zu gehorchen. Die Hoffnung der deutschen Bourgeoisie war immer die Uneinigkeit seiner Gläubiger und die Möglichkeit einer imperialistischen Verbindung mit einem von ihnen. Die Praxis hat aber gezeigt, daß sich die Gläubiger sehr wohl zu einigen wissen, wenn es sich um ihr gemeinsames Interesse, nämlich die wirtschaftliche Niederhaltung des deutschen Kapitals handelt. Die amerikanisch-französische Annäherung mit ihrer Front gegen das englische Kapital hat dieses Wunder vollbracht. Bisher hatte das deutsche Kapital immer die Unterstützung Englands gefunden, weil dieses dadurch hoffte, auf dem europäischen Kontinent ein Gegengewicht gegen das französische Kapital durch Stärkung des deutschen Kapitals zu erzielen. Nachdem nun durch das englisch-französische Rüstungsabkommen eine gegenseitige Garantie der Land- und Seestreitkräfte geschaffen war, hatte das gleiche englische Kapital nicht mehr notwendig, Deutschland gegen Frankreich auszuspielen. Bei dieser Sachlage muß wiederum das amerikanische Kapital versuchen, die gemeinsame anglo-französische Front zu durchbrechen, indem es seinerseits die Garantie für die französischen Landrüstungen übernimmt. Aus dieser Konstellation ergibt sich, daß weder das amerikanische, noch das englische, noch das französische Kapital ein Interesse daran hatte, das deutsche Kapital in seinen Absichten auf Revision des Versailler Vertrages zu unterstützen. Deshalb mußte in auch die deutsche Politik in Paris so kläglich scheitern. Gegenüber dieser Einheitsfront blieb dabei dem deutschen Kapital nichts übrig, als sich vorläufig zu fügen und sich durch stärkere Ausbeutung des deutschen Proletariats für die Akkumulationsverluste schadlos zu halten. Die Hilferding-Regierung bereitet schon für den Fall der Einigung ein neues Steuer- und Finanzprogramm vor.

Dieses neue Steuer- und Finanzprogramm soll vor allen Dingen eine gesteigerte Akkumulation dem deutschen Kapital sichern, damit es sich immer stärker vom Ausland unabhängig machen kann. Das Reichskabinett hat öffentlich bekanntgegeben, daß die Finanzlage des Reiches so ernst sei, „daß die Inanspruchnahme von öffentlichen Mitteln im bisherigen Ausmaß vollkommen unmöglich sei. Aus diesem Grunde bereite die Regierung einen Gesetzentwurf über die Abstellung von Mißständen auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung vor. In größter Beschleunigung sollen Richtlinien für eine Umgestaltung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes erörtert werden". Der Schrei der Arbeitgeberverbände nach einem weiteren Druck auf die industrielle Reservearmee wird treulichst befolgt. Es taucht wieder die alte Parole auf, nur Arbeit kann uns retten. Es soll damit eine höhere Mehrwertquote für die deutsche Bourgeoisie erreicht werden.

Herrn Hilferding kann man sehr wohl glauben, daß die Lage der deutschen Finanzen katastrophal ist. Man kann ihm auch glauben, daß diese Katastrophe zum größten Teil von seinen Vorgängern verschuldet ist. Die deutsche Bourgeoisie hat bewußt vor dem kritischen Jahre 1928 eine Defizitwirtschaft durch unrealisierbare Anleiheermächtigung getrieben. Es wollte damit einen Zwang auf das Ententekapital zur Revision des Versailler Vertrages ausüben. Das bloße Kassendefizit beträgt augenblicklich 1600 Millionen Mark und dürfte in den nächsten Wochen auf 1800 Millionen steigen. Wenn bei dieser Höhe die Zuschüsse der Arbeitslosenversicherung als schwerste Belastung hingestellt werden, ist dies lächerlich. Einmal handelt es sich gegenüber einem normalen Winter, lediglich um eine Erhöhung der Ausgabelasten von 100 Millionen, also um etwa 6 Prozent des Kassendefizits. Es könnte eine Ersparnis besonders am Heeresetat und dem Etat für Pensionen vorgenommen werden, durch die mehr als durch die Herabsetzung der Arbeitslosenversicherung hereingebracht werden können. Die Arbeitslosenversicherung hat aber eine gewisse Störung in der Ausbeutungsmöglichkeit der Arbeiterschaft gebracht, die unbedingt beseitigt werden muß, wenn das Kapital seine Pläne auf verstärkte Ausbeutung des Proletariats verwirklichen will. Deshalb trägt das Kapital so schwer an der Arbeitslosenversicherung. Damit dieses Kapital auch noch weiter seinen Gewinn realisieren kann, wird von Herrn Hilferding eine steuerbefreite 500-Millionen-Markanleihe auf den Markt geworfen. Diese bringt eine Verzinsung von 10,4 Proz. Der Sozialdemokrat Hilferding bietet hier dem deutschen Kapital eine ganz große Verdienstmöglichkeit.

Der Plan ist geradezu auf kapitalsüchtige Unternehmerkreise eingestellt, denen so die Möglichkeit gegeben werden soll, ihre Devisen wieder in deutsche Mark zu verwandeln, ohne den Zugriff des Finanzamtes befürchten zu müssen. Damit das Kapital auch sicher gehe, wird sogar eine allgemeine Amnestie für Steuerhinterziehung vorgeschlagen, weil sonst die geflüchteten Vermögen doch nicht wieder „patriotische" Verwendung finden können. Trotz alledem muß mit einem vollkommenen Fiasko dieser Reichsanleihe gerechnet werden. Herrn Hilferdings Versprechungen werden kaum dazu ausreichen, um einen Anreiz auf das Kapital auszuüben. Interessant ist nur, wie ein sozialdemokratischer Minister mit Erfolg dem Kapital Riesensummen zuschanzt, ohne daß irgend eine Kritik seitens der sonst sich so arbeiterfreundlich zeihrenden Sozialdemokratie erfolgt. Man schluckt diese höhere Weisheit und begnügt sich damit, zu erklären, daß auch ein sozialdemokratischer Minister nur mit Wasser kochen kann. Da diese 500 Millionen aber nicht ausreichen, sollen noch Reichsbahnvorzugsaktien an Sparkassen, Girozentralen und Sozialversicherungsinstitute verkauft werden, obwohl dieser Verkauf nur mit ganz erheblichen Verlusten, da die Aktien heute nur auf 89 Prozent stehen, durchgeführt werden kann.

Wie stark der Druck auf die Arbeiterschaft durch Verringerung der Arbeitslosenversicherung sein muß, kann man allein daraus ersehen, daß das Reichsarbeitsministerium den Anteil der in den Gewerkschaften von 1,3 Prozent vor dem Kriege auf 3,5 Prozent in den Nachstabilisationsjahren, also auf das Dreifache gesteigert ist; das Höchstmaß der Arbeitslosigkeit dagegen von 4,8 auf 22,6 Prozent, also auf das Vierfache. Nach Ansicht der Bourgeoisie ist die Erhöhung der Arbeitslöhne an dieser Steigerung der Arbeitslosigkeit schuld. Es soll also Herabsetzung der Löhne um jeden Preis erzielt werden. Gleichzeitig setzt aber eine ungeheure Steigerung der Lebensmittelpreise ein. Die Kapitalflucht und die Krediteinschränkung der Reichsmark erschwert den Einkauf der Lebensmittel im Ausland und treibt die Lebensmittelpreise im Inland künstlich hoch. Je mehr aber die deutsche Bourgeoisie sich durch Steigerung der Akkumulation vom Ausland unabhängig machen will, umsomehr muß es die Einfuhr von Lebensmitteln einschränken. Der Erfolg ist, daß die Löhne der deutschen Arbeiterschaft fallen und die Lebenshaltungskosten steigen. Der Reallohn der Arbeiterschaft, welcher bereits im Jahre 1928 erheblich zurückgegangen ist, wird in Zukunft noch weiter sinken. Die Einigung der deutschen Bourgeoisie mit dem Ententekapital erfolgt auf Kosten des Proletariats. Deshalb hat aber das Proletariat nicht etwa mit der deutschen Bourgeoisie den Kampf gegen den Versailler Vertrag und auf Anullierung der Kriegschulden zu führen, weil es sich dann vollkommen in ein nationalistisches oder besser nationalbolschewistisches Fahrwasser drängen lassen würde, sondern es muß den Kampf um die Eroberung der Macht und um den Sturz der Bourgeoisie führen, weil nur durch die Aufhebung des kapitalistischen Wirtschaftssystems selbst der Imperialismus mit seinen Folgen, zu denen auch der Versailler Vertrag und die Reparationszahlungen gehören, beseitigt werden kann.

Das Anleihegesetz ist angenommen

und zwar mit 197 Ja, 173 Nein und 11 Enthaltungen. Ein gutes Omen, diese 13 Stimmen Mehrheit. Ebenfalls wurde in derselben Tagung, am 15. Mai auch die Branntweinsteuervorlage angenommen, die den Branntwein bedeutend verteuern wird.

Politische Rundschau

Soziale Reaktion

Die Reichsregierung plant eine „Reform" der Arbeitslosenversicherung.

Halbamtlich wird durch die Reichsregierung der Presse mitgeteilt: „Das Reichskabinett beschäftigte sich in einer Sitzung mit der Frage der Einführung von Reformen auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung. Es wurde dabei die Abstellung der Ueberstände ins Auge gefaßt, welche sich in der Praxis seit Inkrafttreten der Arbeitslosenversicherung herausgestellt haben. Hierbei wurde jedoch festgestellt, daß es mit der Beseitigung dieser Unzuträglichkeiten allein nicht sein Bewenden haben kann. **Die Finanzlage des Reiches ist so ernst, daß die Inanspruchnahme von öffentlichen Mitteln im bisherigen Ausmaß vollkommen unmöglich ist und sich über die schon im Haushalt bereitgestellten Mittel hinaus nur im Falle ganz außergewöhnlicher Ereignisse rechtfertigen läßt. Das Reichskabinett war daher der Meinung, daß eine Aenderung der Arbeitslosenversicherung auch auf die Finanzlage des Reichs Rücksicht nehmen muß.**

Die Reichsregierung wird in Form eines Gesetzentwurfes ein Sofortprogramm über die Abstellung von Mißständen auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung aufstellen und außerdem einen Ausschuß von Sachverständigen einsetzen, mit dem in größter Beschleunigung Richtlinien für eine Umgestaltung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes erörtert werden sollen."

Wir haben die Mai-Politik der Zörgiebel-Partei damit begründet, daß die Massakers die Einleitung einer Reaktion auf sozialem Gebiet sei, die aus der Finanzklemme des Reiches und der Wirtschaftskrise des Kapitals entspringe. Die Einleitung dieser sozialdemokratischen Reaktion ist schneller erfolgt, als wir zu hoffen wagten. Zu der Ankündigung der Reichsregierung verrät das Schwesterblatt des „Vorwärts", die alte Tante Voß, daß es die „sozialistischen" Minister gewesen seien, die ihren kapitalistischen Kabinettskollegen die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung — „angeschmitten" hätten.

Das Kapital ist schlau genug, im Augenblick von einer Erhöhung der Beiträge abzusehen, um die Hundertausende von ausschuftenden und abgebrauchten Arbeitern, die eben erst vor den Kopf zu stoßen. In ein paar Monaten werden wir diese Sentimentalität nicht mehr finden. Welcher Natur die „Reform" der Koalitionsregierung sein wird, plaudert im „Berliner Tageblatt" (vom 14. Mai) der frühere oldenburgische Ministerpräsident Taufzen, M. d. R., aus, also jemand, der die Plänchen der Reichsregierung und die Absichten der Abgeordneten kennt. Er schlägt vor,

die gesamten Saisonarbeiter, also auch die landwirtschaftlichen Sommerarbeiter (die ständigen stehen schon außerhalb), die gesamten Bauarbeiter usw. außerhalb der Versicherung zu stellen, oder

die Unterstützung erst nach 12 Monaten eintreten zu lassen, oder

die Versicherung nur für bestimmte Berufe beizubehalten.

Die Frage der Abschaffung der Versicherung und Wiedereinführung der Fürsorge läßt das Blatt des Finanzkapitals offen. Jedenfalls darf die Versicherung „nur keine solche sein, die korrumpierend wirkt auf Arbeitnehmer und Arbeitgeber." (!)

Der Beginn wird natürlich mit einer weiteren Zerreißung der Arbeiter gemacht werden. Das ist am meisten erfolgversprechend bei dem vollständigen Mangel an Solidaritätsgefühl bei den deutschen Arbeitern infolge ihrer gewerkschaftlichen „Schulung". Die sozialdemokratischen Minister kennen ihre Beitragszahler und Wahlschäfchen.

Die Landtagswahlen in Sachsen

Die sächsischen Landtagswahlen haben nach der vorläufigen amtlichen Feststellung das folgende Ergebnis:

	Landtagswahl 1929	Landtagswahl 1926	Reichstagswahl 1928
Sozialdemokraten	922 117	758 142	999 421
Kommunisten	345 817	342 112	381 568
Kommunist. Opposition	22 594	-	-
Deutschnationale	218 263	341 056	254 488
Deutsche Volkspartei	363 417	292 079	316 017
Wirtschaftspartei	304 353	237 462	232 052
Demokraten	115 097	111 351	147 356
Volksrechtspartei	70 092	98 258	87 545
Altsozialisten	39 625	98 026	34 869
Nationalsozialisten	133 787	48 018	74 343
Zentrum	25 440	24 059	23 519
Sächs. Landvolk	140 522	-	145 476

Die 96 Mandate im Sächsischen Landtag verteilen sich wie folgt: Sozialdemokraten 33 (bisher 31), Kommunisten 12 (14), Deutschnationale 8 (14), Deutsche Volkspartei 13 (12), Wirtschaftspartei 11 (10), Demokraten 4 (5), Volksrecht und Aufwertung 3 (4), Altsozialisten 2 (4), Nationalsozialisten 5 (2), Sächsisches Landvolk 5 (0).

Die Wahlen zeigen also einen „Ruck nach rechts". Eine Folge der Politik der Arbeiterparteien. Die SPD. hat der KPD. 2 Mandate abgenommen und die Wähler der SPD. gehen (über die ASP.) zu den rein Bürgerlichen über, denn die ASP. hat 2 Mandate verloren. Gewonnen haben die rein kapitalistischen und sich auch so nennenden Parteien und deren völkische Schutzgarde. Es muß daran erinnert werden, daß Sachsen schon vor 25 Jahren von den 24 Reichstagswahlkreisen 23 sozialdemokratisch besetzte. Die Arbeiter sagen sich, wenn schon der Kapitalismus erhalten werden soll, nach Anweisung der SPD. und ihrer „kommunistischen" Hilfe, dann auch gleich kapitalistisch wählen.

Bürgerblocksieg in Australien.

Die Wahlen in Queensland (Australien) haben zu einer Niederlage der Arbeiterpartei geführt, die 15 Jahre hindurch die Mehrheit im Parlament hatte, die Minister und die Beamten stellte und die Gesetzgebung und Verwaltung vollständig beherrschte. Während die Arbeiterpartei im alten Parlamem 43 und die bürgerliche Koalition 29 Sitze hatte, wird diese Koalition im neuen Parlament mit 43 Sitzen, die Arbeiterpartei mit 27 Sitzen vertreten sein. Die katastrophale Niederlage der Sozialdemokratie zeigt, daß große Massen Arbeiter bürgerlich gewählt haben. Denn gerade in den letzten Jahren ist Queensland ungeheuer industrialisiert worden und die Arbeiterschaft bildet den überaus größten Teil der Bevölkerung.

Der 1. Mai

Das große Sprungbrett Moskauer Sozialdemokraten nach Amsterdam.

Die Politik der KPD. zeitigt ihre Folgen. Die sozialdemokratische Presse im ganzen Reich ist voll von Briefen, die KPD.-Größen an ihre Zentrale oder an die SPD. gerichtet haben und womit sie ihren Austritt aus der KPD. erklären und ihren Uebertritt zur SPD.

So hat z. B. der bekannte Leipziger Straßenbahn-Betriebsrat Albert Schirmer seinen Austritt aus der KPD. erklärt und der SPD. folgendes Schreiben übersandt:

„Ich habe meinen Austritt aus der KPD. erklärt und bin wieder zur SPD. zurückgekehrt. **Die Toten des 1. Mai mahnen zu solchem Handeln.** Ich habe der KPD. 11 Jahre angehört und der Austritt ist mir nicht leicht geworden. Langjährige Parteizugehörigkeit wirft man nicht fort wie einen alten Hut. Ich habe versucht, durch Kritik vom Irrwege abzuführen. Die Betriebsratswahlen bei der Leipziger Straßenbahn, die Einheitsfront mit den Unorganisierten, die unlautere Kampfesweise der KPD. kann ein Proletarier lauteren Charakters nicht mehr mitmachen. Ich als politisch und gewerkschaftlich organisierter Arbeiter wende mich mit Abscheu von dieser Art Arbeiterpolitik."

Daß diese Unteroffiziere erst jetzt die „unlautere" (nur unlautere?) Kampfesweise der KPD. erkennen, jetzt, nachdem ihnen die Rekruten fortgelaufen sind, hat natürlich seine Ursache darin, daß man sich „dem Willen der Masse fügen" muß. Denn wo die Massen sind, sind die Kassen.

Ihre Devise war schon lange: Hinein in die Gewerkschaften, in die sozialdemokratische Ideologie, in die SPD., dann können wir bald folgen, wir, die Schirmer & Co., die den Anschluß verpaßt haben bis jetzt. Denn das wissen auch diese Leute, daß nicht nur die KPD., sondern jeder Arbeiter, der in der SPD. noch ein Fünkchen Arbeiterinteressen verkörpert glaubte, daß der 1. Mai zur Demonstration freigegeben würde. Denn tatsächlich hat doch die SPD. noch einige Tage vor dem 1. Mai eine diesbezügliche Rückspracke mit Zörgiebel gehabt und dieser war auch dazu bereit, wie der „Vorwärts" vorige Woche mitteilte. Erst in letzter Stunde besann sich die sozialdemokratischen Reichstagsfraktion darauf, daß die Sozialdemokratie nicht nur das Wohl des Kapitals zu schützen hat, sondern auch dem Willen der schwärzesten völkischen Reaktion unterlan ist. Und schließlich hat nicht die KPD., die Mai-Leichen auf dem Gewissen, so sehr man deren blödsinnige Politik auch verdammen mag, sondern Zörgiebel, im Einverständnis mit der SPD.

* * *

In Berlin ist ein Redakteur der „Roten Fahne", Köhler, zur Noskepartei hinübergewechselt. Ein Zeichen, daß der politische Unterschied nicht groß sein kann zwischen den beiden „Arbeiterparteien".

* * *

Ein Gerichtspräsident geht zur SPD.

Die Sozialdemokratie hat durch ihre Mai-Attacke auf die Arbeiterschaft nicht nur das Herz der Ausbeuter befriedigt, sondern auch das Wohlwollen ihrer „Justiz" errungen. Der Senatspräsident am Kammergericht Dr. Großmann ist in die SPD. eingetreten. Die Mai-Leichen sind der Dünger, auf dem die Noskiten ernten.

Und wieder: Umfall der Trotzkisten

Mit Ausnahme Trotzkis und Rakowskis.

Moskau, 15. Mai. (Ost-Exporeß.) „Wie in politischen Kreisen umlaufende, in sehr bestimmter Form auftretende Gerüchte wissen wollen, hat Preobraschenski, der seinerzeit bei dem großen Streitgericht über die Trotzisten verhaftet wurde, jetzt die Erlaubnis erhalten, nach Moskau zu kommen, um für sich und seine nächsten politischen Freunde Radek, Smilga, der früher eine führende Stellung im staatlichen Planausschuß einnahm, und den ehemaligen Volkskommissar für Postwesen, Smirnow, die Wiederaufnahme in die Kommunistische Partei zu betreiben. Damit würden fast alle Führer der Linksopposition, ausgenommen Trotzki selbst und Rakowski, ihren Frieden mit der Parteileitung schließen, was einen weiteren Erfolg Stalins bedeutet. Es verlautet auch schon, daß nicht nur Preobraschenskis Wiederaufnahme in die Partei gesichert ist, sondern daß er auch demnächst ein hohes Staatsamt erhalten soll."

Armer Hugo, wofür kann jetzt noch gesammelt werden?

Erfolge der Zellenstatistik

Seit 1920 befand sich die Fachgruppe der Angestellten der Allgemeinen Ortskrankenkasse Halle fest in den Händen der KPD., die die Angestellten in den ZdA. trieb. Am 11. Mai wurde in einer Gruppenversammlung der Leitung der Fachgruppe ein Mißtrauensvotum mit 52 gegen 33 Stimmen ausgestellt. Die Leitung der Fachgruppe ging in die Hände der Amsterdamer über. — Das ist die Saat, die die KPD. ausstreute.

* * *

Was es mit den Erfolgen der KPD. bei den Betriebsratswahlen auf sich hat, zeigen recht deutlich auch die Ergebnisse der Wahlen in der thüringischen Metallindustrie, einer Hochburg der KPD. Abgegeben wurden insgesamt 60 675 Stimmen. Die „freien" Gewerkschaften und der AfA-Bund erhielten 504 Sitze, die KPD. 27, Christen, Hirsche, Völkische und Stahlhelmer 115, die Gelben und die Syndikalisten 21. — Das ist verständlich. Die KPD. trieb auch hier die einst rechtsstehenden Arbeiter in die Gewerkschaften, hier wurden sie breitgeschlagen und bekannten sich dann zu Amsterdam. Das ist ja auch der Zweck der Moskauer Gewerkschaftstaktik.

46 Millionen Gewerkschaftsmitglieder

Unter dem Titel „Die Statistik der Gewerkschaftsbewegung am 1. Januar 1928" veröffentlicht die „Internationale Gewerkschaftsbund in seiner Monatsschrift „Die Internationale Gewerkschaftsbewegung" (April 1929) eine ausführliche Statistik, worin auch den verschiedenen Richtungen in der Weltgewerkschaftsbewegung eine Betrachtung gewidmet ist. Dieser Uebersicht entnehmen wir nachstehende Angaben:

Am 1. Januar 1925 umfaßte die Statistik der Weltgewerkschaftsbewegung 46 Länder mit 36 062 711 Gewerkschaftsmitgliedern; am 1. Januar 1928 stellten sich diese Zahlen auf 62 und 46 187 060. Hieraus geht hervor, daß die Statistik verbessert wurde: es sind 16 neue Länder (größtenteils lateinamerikanische) aufgenommen worden.

Die gewerkschaftlich Organisierten wurden nach ihren verschiedenen Richtungen verteilt: Richtung IGB. (d. h. freigewerkschaftlich Organisierte, angeachtet ob sie dem IGB. angeschlossen sind oder nicht): kommunistische, konfessionelle, syndikalistische Organisationen. Die Prozentzahlen, die keiner der vier Hauptrichtungen angehören oder deren Richtung aus verschiedenen Gründen zahlenmäßig nicht festgestellt werden konnte, wurde in die Rubrik „Verschiedene Organisationen" eingereiht.

Die Richtung IGB. umfaßte am 1. Januar 1925 17 702 431 Mitglieder in 30 Ländern (wovon 13 133 004 Mitglieder in 23 Ländern direkt dem IGB. angeschlossen waren) und am 1. Januar 1928 19 377 448 Mitglieder in 41 Ländern (wovon 13 144 225 Mitglieder in 26 Ländern direkt dem IGB. angeschlossen waren). Die kommunistische Richtung zählte am 1. Januar 1925 7 353 845 Anhänger in 12 Ländern und 13 670 462 in 17 Ländern am 1. Januar 1928. Die konfessionellen Organisationen umfaßten an diesen Daten 2 112 109 in 15 bzw. 2 149 069 in 15 Ländern. Für die syndikalistische Richtung waren die Zahlen 471 439 und 12 bzw. 285 500 und 12. Die übrigen Organisationen umfaßten 8 442 887 in 32 bzw. 10 704 581 in 36 Ländern.

Am 1. Januar 1925 und 1928 war der prozentuale Anteil der Richtungen an der Weltgewerkschaftsbewegung wie folgt:

Richtung IGB. 49,1 und 42,0; Kommunisten 20,3 und 20,6; konfessionelle Richtung 5,9 und 4,6; Syndikalisten 1,3 und 0,6; übrige Organisationen 23,4 und 23,2.

Der Zuwachs des Prozentsatzes der Kommunisten ist nur Schein: er ist zurückzuführen auf die Steigerung der Mitgliederzahlen in Rußland und die Tatsache, daß Moskau in China sehr willkürlich 2 800 000 Mitglieder zu seinem Gebiete rechnet.

* * *

Allein diese Ziffern drücken schon die Wertlosigkeit der Gewerkschaften aus. Wären die Gewerkschaften für das Wohl der Arbeiter bedacht, wäre es eine Kleinigkeit, durch internationale Solidarität das zu erreichen, was sie den Arbeitern versprechen, nämlich höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Es würde sich dann allerdings zeigen, daß dies Illusionen sind, daß nur die proletarische Revolution die Lebenslage der Arbeiter verbessern kann. Die Machthaber der Gewerkschaften werden sich aber hüten, sich den Ast abzusägen, auf dem sie sitzen.

Es ist alles nur relativ

Der Berliner Magistrat blamiert sich weiter um Albert Einstein.

Der Berliner Magistrat hat dem Schöpfer der Relativitätstheorie vordemonstriert, daß wirklich nichts absolut, nichts wirklich, daß alles nur relativ ist. Es wird noch nicht jeder vergessen haben, daß die Berliner Stadtväter dem größten Denker der Gegenwart und Berliner Ehrenbürger Professor Albert Einstein zum seinem 50. Geburtstage, so zu Anfang dieses Jahres, ein Haus schenkten. Ein richtiges bewohnbares Haus. Als der Gelehrte einziehen wollte, stellte sich dann allerdings heraus, daß, 1., dieses Haus gar nicht der Stadt gehörte und, 2., bewohnt ist, von einer Dame, die bis an ihr Lebensende darin zu bleiben gedenkt. Das kann immerhin länger währen, als Einstein leben wird.

Doch solche Kleinigkeit stören große Geister nicht. Gebefreudig wie unsere Stadtväter sind, schenkten sie weiter. Diesmal, gewitzigt durch den ersten Unfall, nur ein Stück Land, das doch sicher nicht bewohnt sein kann. Aber, o weh, auch hier stellte sich heraus, daß, 1., das Land ebenfalls nicht der Stadt gehört, und, 2., es keinen Zugang hat. Es ist begrenzt von einer Seite von einem alten schmutzigen Guts-Kuhstall, von der zweiten Seite von einem Kanal, von der dritten und vierten Seite von Ackerland, das zu einem Zugang zu „Einsteins Land" nicht da haben ist. Das macht nichts; der Magistrat hat den Stadtvätern eine Vorlage eingereicht, daß sie 20 000 Mark zum Kauf des Landes bewilligen sollen. Es wird Einsteins Sorge sein, ob er sein „Grundstück" mit Boot oder Flugzeug zu erreichen gedenkt.

Die 20 000-Mark-Vorlage wird nun seit Wochen hingeschleppt; durch offene Bekämpfung durch die Deutschnationalen und durch Obstruktion (Wegbleiben von den Sitzungen, um Beschlußunfähigkeit herbeizuführen) durch Abgeordnete aller Parteien, einschließlich SPD. und KPD. Ja, hätte Einstein als Schwarzer-Reichswehr-Feldwebel ein paar Republikaner oder Revolutionäre gekillt, oder wäre er Wach-Offizier im Edenhotel gewesen ...

Wenigstens hat die Sache um Einstein das Gute gehabt, daß Berlin in Walhalla eingezogen ist, unter die Strahlen der Ruhmessonne, die bisher Kalau, Hornberg und Buxtehude glorifizierte. Für den 28. Mai (!) ist neue Sitzung für Einstein anberaumt. Der Getoppte hat jetzt, Mitte Mai, dem Magistrat mitgeteilt, daß er verzichtet und die weiteren Bemühungen um ihn eingestellt werden möchten.

Wirtschaft

Der Arbeitsmarkt

Von den Landesarbeitsämtern liegt über die Entwicklung in der Woche zum 11. Mai folgende Mitteilung vor:

„Die Lage des Arbeitsmarktes ist immer noch gekennzeichnet durch Aufnahmefähigkeit der Außenberufe und Stagnation der überwiegend konjunkturell bedingten Berufsgruppen, ein gewisses Ueberganggestadium ist unverkennbar. Das Tempo des Frühjahrsaufstiegs hat sich nach dem Bericht der Reichsanstalt in der letzten Woche (6.—11. Mai) im allgemeinen verlangsamt. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger (ohne Krisenunterstützung) ging nach den Schätzungen der Landesarbeitsämter in der genannten Woche nur noch um 80 000 (Wochendurchschnitt im April 165 000) zurück, so daß sie gegenwärtig etwas unter 1 Million liegen dürfte."

Schon diese „etwas unter 1 Million" ist mehr als 50 Prozent, wie um dieselbe Zeit des Vorjahres. In Wirklichkeit werden es aber noch gut 2 Millionen Arbeitslose sein, wenn die Nichtunterstützten den Nichtunterstützungsbezieherstatistik (Landesarbeitsämter, Hauptgewerkschaftsarbeitslose Saisonarbeiter) und die E. H. (Wohlfahrtsunterstützte) hinzugerechnet werden. Dazu kommen die Hunderttausende, die durch die Kriegshinterbliebenenfürsorge „betreut" werden.

Kampf unter den Geldleichen

Nachtrag des Uebersetzers.

Der Kampf Rockefeller gegen Stewart bewegte die amerikanische Oeffentlichkeit fast ebenso wie dert Boxkampf Tunney—Dempsey. Man hatte eine Sensation daraus gemacht, die sich in den Schlagzeilen: „Der Kampf der Millionen" fettgedruckt illustrierte: Nach drei Tagen war sie, wie es das Schicksal jeder Sensation ist, vergessen. Jedoch, wie sein Ziel erreicht hat: mit Millionen verbreitet, seinen Shakespeare in Ruhe zu lesen, so rieh sich auch Rockefeller Jr. in Palästina die Hände, und seine Reisebegleiter erklärten, daß am Tage seines Sieges seine Lust wuchs, wie jeder andere Reisende rechts und links palästinensische Antiken zu kaufen. Tunney hatte sich Geld erkämpfen, für Rockefeller handelte das Geld erst hatte nicht um seinen Sieg zu fürchten: die Abstimmung auf der Generalversammlung der Aktienbesitzer der „Standard Oil Co. Indiana" ergab: 8 465 276 Stimmen Rockefeller-Aktien gegen 2 954 943 Stimmen, die die Stewart-Interessen, also die der kleinen Aktienbesitzer, vertraten. William M. Burton wurde als neuer Präsident gewählt und wird das Werkzeug der Rockefeller-Interessen sein. Die Generalversammlung fand statt am 7. März 1929 in der Nähe Chikagos. Stewart ist auf der Strecke geblieben, doch wird ihn wohl trotzdem nie die Sorge um das tägliche Brot bedrücken.

Der „Kampf der Millionen" bedeutete sich nicht nur der Zahlen, sondern auch der Phraseologie. Bibel, Gesetzbücher und Kirchenbänner, hielt zur Zeit des „Teapot Dome"-Skandals (in dem es sich, wie schon bemerkt, um den Verkauf staatlichen Eigentums, also Diebstahl, handelte) Reden in Geschäftskreisen, die sich mit der „Moral des Geschäftsmannes" befaßten. Da ist zwar grosse Gefahr die Frucht des alten Bluthundes Rockefeller Sr. über Moral dozieren zu hören, nachdem das Colorado-Blut noch an ihm Namen klebt; aber es ist einfach köstlich, einen der größten Schieber des Erdballes über Schiebungen klagen zu hören, und nur darum, weil er sie nicht gemacht hat. Denn so gerade sein Ziel auch gesteckt ist, der großzügigste Betrug war doch immer der Ausgangspunkt. Aber diese Rockefeller-sche Phraseologie ist nur die Zeichensprache der Gebildeten. Da ist Roheiten sagen müssen, ohne sie aussprechen zu können. In Wirklichkeit ging der Kampf darum, einen lästigen Konkurren-

ten wegzujagen. Der Versuch Stewarts, sich an die Spitze der Oel-Industrie zu konkurrieren, mußte erstickt werden, um der neuen, allumfassenden Vertrustung die Steine aus dem Weg zu räumen. Die endgültige Vertrustung ist notwendig; es gibt bereits zu viel Oel auf der Erde. Zur Situation in der amerikanischen Oel-Industrie schreibt der Wirtschaftsfachmann der „Chicago-Evening-American", Roger Babson, am 5. April 1929 zusammengefaßt folgendes: „Wir sind Zeugen einer ökonomischen Aenderung in der Oel-Industrie. Die jetzige Ueberproduktion beweist, daß die Truste nur der erste Schritt sind zu noch riesigeren internationalen Vereinigungen. Der jetzige Zustand, wo mehr als ein Dutzend verschiedene Oel-Kompagnien mit jedesmal eigenen Einrichtungen eine Stadt mit Oel-Produkten versorgen, ist ebenso irrsinnig, als wenn eine Stadt von einem Dutzend verschiedener Gesellschaften oder Elektrizitätsfirmen mit deren Erzeugnissen versorgt würde. Ein weiterer Grund für die Konzentration ist, wie schon eingangs erwähnt, die Ueberproduktion an Oel. Unter der Führung des „Amerikanischen Petroleum-Instituts" haben sich die Oel-Interessenten zusammengefunden, und eine Reduzierung der Oel-Produktion vom 1. April 1928 in Amerika, Mexiko und Süd-Amerika beschlossen. Das bedeutet eine tägliche Verminderung um acht Prozent. Ebenso sind Abmachungen getroffen, um neue Bohrungen vorläufig nicht zu unternehmen.

Wie ein Witz und ein verlegener dazu, mutet da das Geschwafel des Präsidenten Hoover über das Oel-Problem an. Sein Programmpunkt enthielt Schutzmaßnahmen für das sich in staatlichem Besitz befindliche Oel (das so leicht gestohlen werden kann), und war eine Kampfansage an das internationale Oel-Monopol, das den amerikanischen Markt ignorieren will.

Es ist wirklich im Sinne der amerikanischen Oel-Magnaten bei der jetzigen Ueberproduktion geschandelt, wenn Hoover erklärt, die staatlichen Oelquellen nicht veräußern zu wollen. Senator Borah erklärte ebenfalls, daß man wirklich nichts besseres tun könnte, als das Oel für die Entwicklung in der Zukunft aufzubewahren. Senator Borah beschwerte sich dann darüber, daß die Oel-Könige auf dem besten Wege seien, einen internationalen Trust zu bilden der die vollständige Kontrolle über die Welt-Oel-Industrie ausübe. Die „Royal Dutch Co.", die „Standard Oil Co." und die „Angle-Persian Co." sind durch ihre Vertreter Sir Henry Deterding, W. Cr. Teagle und Sir John Cadman gerade dabei, ein Monopol zu bilden, um sich das billige russische Oel zu sichern. Bissig sagt Borah: Es wäre traurig aber wahr daß die großen Führer der Oel-Industrie hätten ihre Angst vor dem Bolschewismus verloren und auf der Basis einer glänzenden Oel-Konzession in Rußland, auch die Konzession des Verkaufs von billigem Oel in Europa und Asien mitbezogen. Was sich außerhalb dieses Monopols bewegt, muß zugrunde gehen, wird von diesem Monopol verschlückt werden. Die Industrie ist angewiesen darauf und kann nicht mehr leben ohne Oel. Nationen benötigen Oel zur Selbstverteidigung. Die Bürger haben den Preis für Oel zu zahlen, der ihnen vom Monopol diktiert wird; eine Handvoll Männer bestimmen in absehbarer Zeit den Ochmarkt im Weltmaßstabe und absolut.

Der Senator Borah mag schreien, ändern läßt sich nichts. Er täte besser, die Methode Hoover zu wählen: Die Entwicklung zu stützen, indem man sie kritisiert, wo es keinen Zweck hat. Im übrigen sind diese Leute Nulpen, sie haben zu gehorchen.

Es ist hier nicht der Platz, um die Möglichkeiten von Weltmonopolen zu untersuchen. Es sei nur gesagt, daß dies keine Dinge sind, die sich aaglatt evolutionistisch entwickeln. Der Kampf zur Vernichtung der letzten Reste nationaler Kapitalismen wird noch Hekatomben von Leichen verschlingen, und ist einfach dialektisch-materialistisch gesehen, ein Ding der Unmöglichkeit. Karl Marx hat dieses Problem hinreichend aufgeklärt und auf ihn hier verwiesen, heißt die Aufgaben des Proletariats klar aussprechen. Er sagt im ersten Band des Kapitals:

„Diese Expropriation vollzieht sich durch das Spiel der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion selbst, durch die Zentralisation der Kapitale. Je ein Kapitalist schlägt viele tot. Hand in Hand mit dieser Zentralisation oder der Expropriation vieler Kapitalisten durch wenige entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewußte technische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßige Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, die Oekonomisierung aller Produktionsmittel durch ihren Gebrauch als Produktionsmittel kombinierter, gesellschaftlicher Arbeit, die Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarktes und damit der internationale Charakter des kapitalistischen Regimes. Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Druckes, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung; aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle, die wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateure werden expropriiert.

Die aus der kapitalistischen Produktionsweise hervorgehende Aneignungsweise, daher das kapitalistische Privateigentum, ist die erste Negation des individuellen, auf eigner Arbeit gegründeten Privateigentums. Aber die kapitalistische Produktion erzeugt mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigene Negation. Es ist die Negation der Negation. Diese stellt nicht das Privateigentum wieder her, wohl aber das individuelle Eigentum auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Aera: der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel."

Oesterreich

Banner des Leninismus.

Als ob die orthodoxe „Fahne" des Urbahns nicht vollauf genügen würde, mittels Druckerschwärze die Halbheiten des Ultraleninismus zu demonstrieren, hat Landau ein Blättchen namens „Banner des Leninismus" in die Welt gesetzt als gemeinsames Organ aller sich linke Kommunisten nennenden Gruppen Oesterreichs und der Tschechoslowakei. Eins der Hauptziele solcher Oppositionsblätter ist, zu beweisen, daß Lenin den Trotzki gern gehabt hat und sie kramen behufs dessen allerhand Dokumente hervor, die das beweisen sollen, denn man braucht ein Sittenzeugnis für den neuen großen Mann. Was sie außer dieser Personenanzelegenheit noch vorzubringen haben, dient dazu, den rebellierenden KP.-Arbeitern den Glauben an die Komintern und an das „einzige Arbeiter-Vaterland" zu erhalten. Das bewies auch die Versammlung, die Landau einberief, um über den 1. Mai zu sprechen. Erschienen waren bloß ein Dutzend seiner Anhänger und einige KAP.-Genossen. Er erzählte nach einer zutreffenden Charakterisierung der schändlichen SP.-Taten die üblichen Geschichten, wie man es seit Jahren täglich von KP.-Rednern auch nicht schlechter hören kann. Die bescheiden-wenigen kritischen Worte, die er gegen die KPD. vorbrachte, waren im selben Maße „oppositionell", wie ungefähr auch die Moskauer Offenen Briefe und die tschechischen Memorandisten „oppositionell" sind. Die KPD. habe sich zu wenig um die Gewerkschaften gekümmert und der RFB. hätte der Polizei eine Schlacht liefern sollen, denn, so fragte er, wozu sei er da? Auch war ihm unerklärlich, daß nach so großen Betriebsratswahlsiegen diese KPD.-Wähler meist daheimgeblieben sind. In der schon kannten, echt leninistischen Weise schob er alles einzig auf die „falsche Taktik" und auf die „schlechte Führung".

Ein KAP.-Genosse deckte in der Diskussion die wahren Gründe der Komintern-politik auf. Entweder ist es völlige Ahnungslosigkeit oder aber unehrliches Spiel, wie die Trotzki-Leninisten diese Fragen behandeln. Es ist nicht die jeweils schlechte Zentrale allein, die eine falsche Taktik einschlägt. Es ist überhaupt keine Frage der Taktik, sondern die Folge einer bewußt konterrevolutionären Politik, die die Komintern, von den Sonderinteressen Rußlands bestimmt, ihren Sektionen aufzwingt. Diese Bedürfnisse sind rein kapitalistische, diktiert durch den Einfluß der in Rußland ökonomisch ausschlaggebenden Klasse, der Bauern. Und zweites ist bestimmend die Notwendigkeit, den ausländischen Kapitalisten Garantien zu bieten für das in Rußland angelegte Kapital. Deutschland hat ein Hauptverdienst am russischen Aufbau, der zweitellos ein Aufbau ist, aber kein sozialistischer, sondern ein kapitalistischer. Die Gegenleistung Rußlands ist die, daß es in Deutschland und anderswo einfach keine andere Politik zuläßt, als eine — falsche! Aus diesem Grunde ist auch der RFB. nicht dazu da, der Schupo Schlachten zu liefern, sondern er hat die Aufgabe eine jede wirklich marxistische Kritik, wo nötig, durch Schädeleinschlagen zu verhindern. Wenn der RFB. „verboten" wird, so nur zur Beruhigung der Kleinbürger oder damit die KPD. sagen kann: Hinein in das Reichsbanner! Ein der Polizei wirklich Schlachten liefernder RFB. würde nämlich von der Komintern früher aufgelöst werden, als durch die Bourgeoisie. Was nun die Maikämpfe anbelangt, so wissen wir selbstverständlich, daß nicht ein jeder Kampf deshalb im Stich gelassen werden muß, weil er nicht gleich zur Räte-diktatur führt. Es ist aber ein Gesetz eines jeden Krieges, also auch des Bürgerkrieges, daß derjenige sich geschlagen fühlt, der größere Verluste hat, seien sie welcher Art immer. Wenn demnach ein Kampf nicht konsequent weitergeführt werden kann, so muß er wenigstens im besagten Sinne Resultate aufweisen. Es muß einem der Gedanke auffauchen, ob sich das Mißverhältnis der Verluste immer von der Waffenarmut der Arbeiter herleiten läßt. Unser Genosse zitierte die „Wiener Rote Fahne", wo die KP. sagt, sie treibe die Arbeiter nicht vor die Gewehre der Polizei und sie werde den Kampf aufnehmen, nicht wenn es der Bourgeoisie paßt, sondern wenn es der KP. paßt. Passen wird es ihr aber erst dann dürfen, wenn der Sozialismus in dem einen Lande aufgebaut sein wird. Also niemals.

Eine sichtbare Nervosität bemächtigte sich der Landaugruppe, als unser Genosse die wahren Ursachen der Komintern-politik aufzeigte und daß nicht durch „oppositionelle" utopistische Verschleppungsmanöver, sondern durch Aufbau der wirklich marxistischen „Kommunistischen Arbeiter-Partei" dem Proletariat eine revolutionäre Führung wiedergeben wird. Landau antwortete mit einigen verwirrten Sätzen, daß Rußland dennoch ein Arbeiterstaat sei, der sich über in Liquidation befinde, daß er aber auf die Ausführungen nicht näher eingehen könne.

Abschließend können wir wiederholen: man kann eben nicht gleichzeitig Marxist und Leninist sein. Der Marxismus zeigt, wie sich der Kaitalismus nach ganz bestimmten, ihm allein eigenen Gesetzen entwickelt. Der Leninismus aber macht vor, man könne den Kapitalismus auf sozialistische Weise denken. (Siehe NEP.) Nicht erst Stalin, sondern Lenin selbst hat die These aufgestellt, daß man sogar mit den Imperialisten zusammengehen könne. Das wissen nur wenige Leninanbeter oder besser: sie wollen es nicht wissen. Wir werden demnächst in einem besonderen Artikel diese Frage behandeln.

Chronik

Die schlesische Textilindustrie will aussperren, weil kein Tarifvertrag vereinbart ist, weil die Gewerkschaften sich arbeitsstandhaft zeerten und nicht gleich auf das erste Diktat hin alle Verschlechterungen hinnahmen.

Auch die oberschlesischen Kohlenbarone drohen mit Aussperrung, weil die Arbeiter-Gleichstellung der Löhne mit den anderen Kohlenrevieren verlangen.

Streikunruhen in Indien. In Bombay streiken seit Wochen 130 000 Textilarbeiter. Es kam in den letzten Tagen wiederholt zu Zusammenstößen mit der Polizei, wobei es Tote und Verwundete gab.

Henkerjustiz in Litauen. Das litauische Kriegsgericht in Siauliai (Schaulen), das vor karzem gegen vier Terroristen Todesurteile gefällt hatte, verurteilte zahlreiche Teilnehmer an der Erhebung im September 1927: vier auf ebenslängliches Zwangsarbeit, 9 zu Zwangsarbeit von einem bis zu 15 Jahren. — Litauen steht bekanntlich durch Staatsvertrag mit Stalin in der Sowjetfront.

13 Pfarrer als sozialdemokratische Kandidaten in England hat die Labour Party zu den bevorstehenden Wahlen aufgestellt. Einige Prinzen und Großgrundbesitzer gehören der „Arbeiter-Partei" bekanntlich schon an. Diese Leute werden dann nach den Wahlen die „Arbeiterregierung" bilden. — Der „Vorwärts" beinhelt dann auch den Wahlaufruf der englischen Gewerkschaften für die Pfaffen durch eine Balkenüberschrift auf der 1. Seite.

2335 Millionäre in Deutschland verzeichnet die vom Statistischen Reichsamt herausgegebene Statistik der Vermögenssteuer-Veranlagung für das Jahr 1928. Ein Vermögen von mehr als 10 Millionen Mark haben 33 Deutsche 1928 zur Steuer angemeldet. — Die Zahl der 1928 in Deutschland Verhungerten wird etwas größer sein. — Wirtschaftsdemokratie.

Trunksucht und Ehescheidungen in Rußland. Von 14 606 im Jahre 1928 in Leningrad geschlossenen Ehen sind im gleichen Jahr fast 10 000 wieder geschieden worden. Siebzig Prozent der Frauen haben sich wegen Trunksucht der Männer scheiden lassen. — Ob das die Verzweiflung der Proletarier über das Unvermögen ist, ihre hohen Löhne unterzubringen?

Zur Lepra „begnadigt". In Rica hat der Arzt und Leproforscher Sinker von dem lettländischen Staatspräsidenten die Begnadigung eines zum Tode Verurteilten erbeten und erhalten, unter der Bedingung, daß sich der „Begnadigte" mit Lepra impfen läßt! — Lepra (Aussatz) ist die gefährlichste Krankheit, die es gibt. Sie kommt fast ausschließlich in den Tropen und in Rußland vor. In Deutschland gibt es nur etwa ein Dutzend Lepra-kranke, die fast ausschließlich aus Ostpreußen stammen und sämtlich im Leprahein in Memel interniert sind, da die Krankheit gefährlich ansteckend ist.) Lepra zerstört den Körper langsam und führt nach vielen Jahren qualvollen Leidens zum sicheren Tode. — Die Tierschutzvereine wehren sich mit Recht dagegen, daß für diese scheußlichen Experimente Meerschweinchen und Kaninchen genommen werden, die schließlich auch bezahlt werden müssen, während es „Verbrecher", niedergetretene Opfer des Kapitalismus, gratis gibt.

Fünftägige Arbeitswoche für amerikanische Bauarbeiter. Die Gefahr eines Ausstandes von 150 000 Bauarbeitern ist dadurch verhindert worden, daß die Arbeitgeberverteinigung beschloß, entsprechend den Forderungen der Arbeiter vom 24. August ab die fünftägige Arbeitswoche und eine zehnprozentige Lohnerhöhung eintreten zu lassen. — Die Arbeiter leisten heute mehr in 5 Tagen als vor ein paar Jahren in 6 Tagen. Die zehnprozentige „Lohnerhöhung" also bedeutet gegen den Sechstagelohn eine nicht unbedeutende Lohnherabsetzung.

100 Tote durch die Explosion einer Klinik. In Cleveland (Ohio, USA.) ereignete sich in einer Klinik eine Explosion, die das Haus in Trümmer legte. Bis jetzt zählte die Polizei 91 Tote und eine Schar Schwerverletzter. Auch außerhalb des Hauses gab es zahlreiche Opfer. — Mangelhafte Schutzvorrichtungen, Profitgier sind die Ursache.

Aus der Bewegung

Bonn.

zu:

Die Ortsgruppe Bonn der Partei und Union stellen sich auf den Standpunkt des Rundschreibens des GHA. und der Berliner Mitglieder. Sie sind der Auffassung, daß diesen unhaltbaren Zuständen ein für allemal ein Ende gemacht werden muß. Die Versendung des Rundschreibens der Ortsgruppe Hamburg und der über die Köpfe der Parteimitglieder hinweg von einigen auf der Reichskonferenz gewesenen Delegierten beschlossenen „Maßnahmen" sprechen allen Grundsätzen Hohn. Diese „Maßnahmen" passen sehr gut zum Punkt „Beweglichkeit".

Die Partei muß als Vorhut des Proletariats zu diesen Fragen klar Stellung nehmen, sie darf in Zukunft keine Reformisten mehr in ihren Reihen dulden.

Gegen eine Stimme (Vassilliere) angenommen.

Nach Annahme dieses Beschlusses verließ Vassilliere die Sitzung. Ein Abgang, den die Ortsgruppe wirklich nicht bedauert.

•

Suhl.

Eine Zuschrift ähnlichen Inhalts senden aus die Genossen der Partei und Union ans Suhl. Auch sie begrüßen es, daß den die revolutionäre Bewegung hemmenden Elementen endlich der Stuhl von die Tür gesetzt wurde.

•

Düsseldorf.

Eine Bezirkskonferenz der KAPD. die am 13. l. tagte, verurteilt aufs schärfste die Machenschaften des Reichsausschusses der AAU. und der Hamburger Ortsgruppe, die in einem Rundschreiben an die Bezirke dieselben auffordert, die „KAZ." zu sabotieren, und alle Gelder für Zeitungen und Pflichtbeiträge für ihren eigenen „Lader" zu verwenden. Sämtliche Diskussionsredner dieser Bezirkskonferenz Rheinland-Westfalen stellten sich hinter den GHA. der Partei und verlangen eine Zentralausschußsitzung der Partei, die zu den Machenschaften der „Bewegtchen" Taktik Stellung nimmt.

Nowawes.

Die Ortsgruppe Nowaes der AAU. lehnt einmütig die „Beweglichkeit" des sogen. Reichsausschusses der AAU. ab und verlangt von der Partei den konsequenten Kampf gegen die organisationszerstörenden Machenschaften desselben. Daß die Reichskonferenz einfach „beschloß", daß ein führes Mitglied des AAU., Narroska, einfach wieder Mitglied werden müsse, nur weil dieses vollkommen kompromittierte Element den „Standpunkt" des RAA. „einnimmt", beweist der Ortsgruppe Nowawes, daß die „Taktik" des sogenannten „Reichsausschusses" nicht auf Mittel und Elemente verzichten kann, für die in der revolutionären Arbeiterbewegung kein Platz sein darf, und die die Reichskonferenz der AAU. und deren Beschlüsse als eine lächerliche Komodie kennzeichnen.

Bücher-Ecke

Moderne Sexualwissenschaft.

Dr. Heinrich Dehmel, Revolution der Ehe	kart. 3.— M.
Dr. Magnus Hirschfeld, Empfängnisverhütung	kart. 1,25 M.
Dr. Hans Hartmann, Liebe u. Sexualität kart. 8.—	Ln. 11.— M.
Dr. Max Hodann, Geschlecht u. Liebe	Leinen 11,50 M.
— Sexual-Elend und Sexual-Beratung	Leinen 14.— M.
— Bub und Mädel	kart. 2,60, Leinen 5.— M.
Alfred Machard, Kinder unter sich	kart. 4.—, Leinen 6.— M.
Otto u. Alice Rühle, Sexual-Analyse	kart. 3,50, Leinen 5,50 M.
Justin Richter, „Die in ihre Hände fallen",	kart. 3,20, Ln. 5,50 M.
Marta Winter, Eruchtabtreibung od. Verhütung	brosch. —,50 M.
— der Schwangerschaft	kart. 3,50 M.
— Der Mensch von Morgen	

Zu beziehen durch die
Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Organisatorische Mitteilungen

München.

Bezirk Süd: Jeden Samstag: Diskussionsabend in der Augustiner-Klause, Baaderstr. 66. Jugend jeden Mittwoch dortselbst.

Bezirk Nord: Jeden Freitag im „Weißen Hahn", Hirten-Ecke Seidlstraße.

Chemnitz.

Die öffentlichen Diskussionen finden wie bisher 14tägig Sonnabends, abends 8 Uhr, im Gasthaus „Zur Linde", am Theaterplatz, statt.

Eintritt frei — Freie Aussprache.
KAP. — AAU.

Erzgebirge, Vogtland.

Auskünfte erteilt, und Anfragen sind zu richten an O. Otto, Chemnitz 13, Chtzlstr. 4.

Dortmund.

Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr Mitglieder-Versammlung der KAP. und KAJ.

Jeden Samstag, abends 8 Uhr Zahlabend der AAU.

Wir ersuchen alle Genossen pünktlich zu erscheinen.

Der Ortsrat.

Anfang 20 Uhr. Sympathisierende sind eingeladen.

Finowtal.

Auskunft über Versammlungen und Betriebsberichte an **Karl Falk, Kupferhammer bei Eberswalde, Lichterfelder Str. 5.** Daselbst jeden Sonntag von 10—11,30 Uhr Zeitungsausgabe sowie Bekanntgabe des Tagungslokals und Mitgliederaufnahme.

Oeffentliche Versammlung.

Freitag, den 24. Mai, abends 8 Uhr, Nowawes, Klemms Festsäle.

Thema: „Der Bankrott der parlamentarischen Arbeiter-Bewegung und die Blut-Mai 1929."

Herausgeb. und f. d. Inhalt verantwortl.: Wilh. Tietz-Berlin N. Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Iszdonat, Berlin O 17.

10. Jahrg. Nr. 21 — Preis 15 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 25. Mai 1929

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal.

Inserate werden nicht aufgenommen.

Erkenntnis der KPD.

Die Kommunistische Partei hat die Lehren aus den Maikämpfen in einer Resolution der erweiterten Berlin-Brandenburger Bezirksleitung niedergelegt. Daß sie die Maikämpfe als einen Erfolg des Proletariats und der Kommunistischen Partei statuiert, ist bei dem angeborenen Größenwansinn der Thälmann-Zentrale nicht weiter verwunderlich. Es mußte doch bewiesen werden, daß die neue Linie der Partei das Proletariat zum Siege geführt hat.

Die neuen Einheitsfrontorgane, die Maikomitees, die Delegiertenkonferenzen und die roten Betriebsräte sollten ihre Feuerprobe bestehen und den Beweis liefern, daß die Verbindung mit den Massen der Unorganisierten erst die Grundlage zur Entfesselung von revolutionären Kämpfen bildet. Man ist sich darüber klar, daß die Bewegung bei ihrer im Anfangsstadium befindlichen Entwicklung Mängel und Schwächen aufweisen mußte, aber die Thälmänner waren verpflichtet, ihren Befähigungsnachweis so schnell als möglich zu bringen, um die rechte und linke Opposition in den Reihen ihrer eigenen Partei durch Erfolge von der alleinseligmachenden neuen Linie zu überzeugen und auf diese Weise die Liquidation der Opposition zu erzwingen. Das provozierte Verbot des RFB. sollte die Einheitsfront des revolutionären Proletariats, insbesondere die Wiedereinreihung der Splitterparteien herbeiführen.

Die Partei muß selbst zugeben, daß eine „ungenügende ideologische und organisatorische Vorbereitung des politischen Massenstreiks vor dem, während des und nach dem 1. Mai" erfolgt ist und daß ein genauer elastischer, auf alle Möglichkeiten des Kampfes eingestellter organisatorischer Plan gefehlt hat. Diese Tatsache liegt nicht etwa an der Unfähigkeit der Partei, diese Arbeit zu leisten, sondern an der mangelnden Zeit, sie bis zum 1. Mai durchzuführen.

Der erste Mai war aber der Stichtag, weil die Thälmannzentrale keine Zeit zum Warten hatte. Die innerparteiliche Situation erzwang den Kampf. Es mußte auch der Komintern der Beweis erbracht werden, daß die neue Zentrale die eifrigste Verteidigerin des proletarischen Rußland sei. Die Anfangsworte der Resolution sind die Bestätigung dieser Ansicht. Es heißt darin: „Der Aufmarsch des Proletariats am 1. Mai in den kapitalistischen Ländern stand im Zeichen der unmittelbaren Kriegsvorbereitung der imperialistischen gegen die Sowjetunion". Als schlagenden Beweis für diese Theorie wird angeführt, daß „nicht nur in Berlin, sondern auch in Paris und Warschau von der Bourgeoisie der Versuch unternommen wurde, revolutionäre Demonstrationen des Proletariats niederzuschlagen". Die Protestnoten der deutschen Regierung gegen die Maikundgebung in der Sowjetunion, die Pressehetze gegen die Sowjetunion sollen die Illusion fördern, daß es sich hier um Kämpfe im internationalen Maßstab handelt und daß wieder einmal das russische Vaterland in Gefahr ist. Dabei ist in Wirklichkeit nicht das Geringste daran zu spüren, daß die imperialistischen Staaten einen Kampf gegen die „Sowjetunion" organisieren. Das internationale Kapital ist zu stark mit seinen eigenen Schwierigkeiten, insbesondere mit der Regelung der Reparationsfrage beschäftigt und denkt gar nicht daran, einen Aufmarsch gegen Rußland in Gang zu setzen. Richtig ist nur, daß sich in Rußland infolge des Zickzackkurses der Sowjetregierung in der Wirtschaftspolitik die Verhältnisse zu einer Katastrophe zugespitzt haben. Die Arbeitslosigkeit ist ungeheuer. Die industrielle Produktion kann wegen Mangels an Kapital nicht weiter gesteigert werden, während die landwirtschaftliche Produktion infolge Fehlens von Düngemitteln und Erschöpfung des Bodens einen starken Rückgang aufweist. Der Uebergang zum neuen Fünfjahresplan hat gleichzeitig die vollkommen negative Bilanz des alten Planes erbracht. Es sind wohl die Möglichkeiten der Reorganisationen durch restlose Inbetriebsetzung des aus der Zarenzeit stammenden Produktionsapparates wahrgenommen, dagegen fehlt es an Mitteln für den Ersatz des verschleißten Materials. Die absolut notwendige Erneuerung des Produktionsapparates ergibt sich schon daraus, daß die Preise für Industrieprodukte im Durchschnitt noch immer, trotz der außerordentlich niedrigen Löhne zwei- bis dreimal so hoch sind wie im Auslande. Deshalb braucht die Sowjetbürokratie wieder eine revolutionäre Welle im Ausland als Rettungsanker und ebenso das Gespenst des äußeren Feindes. Die Aktion am 1. Mai ist also nicht nur ein Produkt der Provokation der deutschen Bourgeoisie, sondern auch das Ergebnis der innerparteilichen Lage der KPD. und Rußlands.

Der 1. Mai ist keineswegs ein Erfolg des Proletariats, sondern eine völlige Niederlage der Arbeiterschaft, die den Parolen der KPD. folgte. Die Taktik Thälmanns hat einen glänzenden Mißerfolg gehabt, denn die Einheitsfrontaktik, durch die sich die KPD. im Kampf um die Macht auf die Unorganisierten stützen wollte, hat gezeigt, daß die Unorganisierten zwar den „roten" Betriebsräten bei der Wahl ihre Stimme gaben, daß sie aber gar nicht daran dachten, revolutionär zu handeln. Der Bankrott dieser auf die gefühlsmäßige revolutionäre Begeisterung eingestellten Taktik mußte sich bei der ersten Gelegenheit zeigen, weil damit die Notwendigkeit einer wissenschaftlich geschulten und auf Grund dieser Wissenschaft um die Notwendigkeit des Kampfes um den Kommunismus überzeugten organisierten Arbeiterschaft, also die Erfahrung der gesamten marxistischen Bewegung gelengnet wurde. Der Stimmenfang, der eine der schlimmsten demokratischen Illusionen ist, wurde hier zur Grundlage einer revolutionären Bewegung dekretiert. Der 1. Mai ist nicht ein Erfolg, sondern eine gliate Niederlage der Einheitsfronttaktik.

Welche Erfolge stellen die Heinz Neumann und Konsorten fest? Den Kampf gegen den Maidemonstrationsspaziergang fälschen sie um in einen „unmittelbaren politischen Kampf gegen die kapitalistische Staatsgewalt." Vielleicht glaubt man ihnen dies in Moskau. Wer die Ereignisse miterlebt hat, weiß, daß es sich hier weitere Tatsache, daß Sozialdemokratie und Gewerkschaften zum Kuppler zwischen Kapital und Pfaffenherrschaft geworden sind, beweist eigentlich mehr als alles andere die Mobilisierung aller reaktionären Kräfte gegen das Proletariat; beleuchtet grell den düsteren Hintergrund des Blut-Mai und der moraltriefenden Ehrenmänner, die sich bei ihrem sauberen Geschäft nicht stören lassen wollten.

Nach dem Blutmai die Hungerpeitsche

Im Hintergrunde der schwarze Militarismus

Der von der Sozialdemokratie „vergessene" Fundamentalgrundsatz der materialistischen Geschichtsauffassung, daß die Geschichte der Menschheit eine Geschichte von Klassenkämpfen ist, verschafft sich auch „Bahn — und gerade dann — Geltung, wenn besagte Arbeiterpartei mit jesuitischen Kniffen krampfhaft versucht, die Frage der sozialen Zuspitzung und der daraus folgenden Explosionen auf das Gebiet heuchlerischer Moralpaukerei zu ziehen. Mag die KPD. ein groß Teil Schuld an dem jämmerlichen Fiasko des 1. Mai haben. Im Grunde genommen hat die Sozialdemokratie alle Veranlassung, die Kopflosigkeit der KPD. für sich als Erfolg zu buchen. Es ist nämlich ganz klar, daß die Erkenntnis der wirklichen politischen Zusammenhänge unter dem Proletariat in der bevorstehenden Entwicklung bedeutend mehr Massen zum ersten Mai auf die Beine gebracht hätte, als die platte Maimusik der KPD., die noch aus dem vorigen Jahrhundert-stammt.

Die Sozialdemokratie hätte auch in eine Demonstration, die den Widerstand des Proletariats gegen die Hungeroffensive des Kapitalismus klarer und gehaltvoller zum Ausdruck gebracht hätte, hineinschießen lassen, wie in ein Rudel Wild. Und hätte das Proletariat in Erwiderung auf das sozialdemokratische Säbelregiment zur Waffe des politischen Massenstreiks gegriffen und so die politischen und sonstigen Voraussetzungen zur Entscheidung geschaffen, dann hätten Sozialdemokratie und Gewerkschaften keinen Augenblick gezögert eine Sintflut von Eisen und Gift und Blei auszuschütten, um die Herrschaft der Bourgeoisie zu verteidigen.

Die Arbeiter sind zum größten Teil schon zu abgestumpft, um die ganze Niederträchtigkeit zu durchschauen, trotzdem sie gerade heute so offensichtlich ist. Während die Proletarier von der Polizei ohne jeden Grund zusammengeschossen wurden, hat die „Völkerbefreiende" mit den Ehrenmännern über den „Fortschritt" geschachert, mit den Pfaffen ihr Süppleln gekocht, auf daß auch Gott werde, was Gottes ist. Die demokratische Zeitungskorrespondenz mußte notgedrungen „dementieren", daß der Handel über das Konkordat schon perfekt sei, als dieses Dementi besagt:

„Der Entwurf in seiner vorliegenden Form regelt u. a. die Frage der Bistümer und Erzbistümer. Die preußische Regierung hat sich damit einverstanden erklärt, daß neben Köln, Breslau und Paderborn Erzbistümer werden. Das bisherige Kollegialstift in Aachen wird in ein Bistum umgewandelt werden. Außerdem wird ein Bistum Berlin neu geschaffen werden. Die Neugründung eines Bistums Berlin ist von der Kurie mit dem Hinweis darauf, daß über 500 000 Katholiken in Berlin leben, gewünscht worden und die preußische Staatsregierung wird sich diesen Wünschen nicht verschließen können. Die Administrator Schneidemühl wird in eine Delegatur umgewandelt. Die früher geäußerten Wünsche auf Schaffung von neuen Bistümern in Essen, Cammin (Pommern) und Altona sind fallengelassen worden. Der Entwurf enthält weiter Bestimmungen über die Wahl der Bischöfe und über die Zusammenlegung der Domkapitel. Außerdem ist in dem Entwurf die finanzielle Auseinandersetzung zwischen dem Staat und der katholischen Kirche geregelt."

Das ist auch dann genügend, wenn keine Summen genannt werden bezüglich der finanziellen Auseinandersetzung. Die Tatsache, daß die „fortschrittliche" Bourgeoisie mit der „Reaktion" ihren Pakt schließt, und die weitere Tatsache, daß Sozialdemokratie und Gewerkschaften zum Kuppler zwischen Kapital und Pfaffenherrschaft geworden sind, beweist eigentlich mehr als alles andere die Mobilisierung aller reaktionären Kräfte gegen das Proletariat; beleuchtet grell den düsteren Hintergrund des Blut-Mai und der moraltriefenden Ehrenmänner, die sich bei ihrem sauberen Geschäft nicht stören lassen wollten.

Wie jedoch der Staat des schwarzen Militarismus seinen Tribut verlangt, so meldet auch die „Landwirtschaft immer hartnäckiger ihre Ansprüche an. Der Ruf nach Erhöhung der Zollsätze und nach neuen Schutzzöllen klingt in die Ohren, und sie werden hören — sie wollten doch eine ganze Legislaturperiode „regieren", die Herren Sozialdemokraten. Die Sozialdemokratie hat schon anläßlich der Erhöhung der Zuckersteuer bewiesen, daß sie ihre Freihandelsschrullen nicht mehr für zeitgemäß hält, und stimmte mit dem Vorbehalt für die Erhöhung, daß sie sich im Kleinhandel nicht auswirkt. Die Qualität kann ruhig verschlechtert, und so der Prolet übers Ohr gehauen werden; denn irgendwo muß doch die Erhöhung bleiben. Aber eine Partei, die nicht den Mut hat, dem Proletariat zu sagen, daß das Proletariat in jedem Falle den Kürzeren zieht, muß sich eben mit solchen Phrasen helfen. Wenn nämlich die zurückgebliebene Landwirtschaft „geschützt" wird durch erhöhte Zölle, bezahlen die Proleten die Zeche, weil ihnen gerade die unentbehrlichsten Nahrungsmittel unerträglich verteuert werden. Und fallen die Zölle, dann wird die technisch, noch zum großen Teil nach Großväters Methoden bewirtschaftete Landwirtschaft von der ausländischen Konkurrenz erdrückt, und die Proletarier wandern auf den Sklavenmarkt. In der Epoche des rasenden Konkurrenzkampfes um die Absatzmärkte wird die Frage „Schutzzoll oder Freihandel" zu einer Farce. Die Arbeiter spüren heute schon die Entwertung ihrer Löhne durch die kletternden Preise, ähnlich so, wie im Anfang der offenen Inflation. Die neuen Zölle werden den Proleten, die es sich noch leisten konnten, auch dieses Happchen Fleisch noch kleiner, das Brot noch kleiner — damit es nicht so auffällt — machen. Während der Sommermonate wird dann unter dem Geschrei der zurückgehenden Arbeitslosigkeit die Erwerbslosenfrage neu „reformiert", und zum Winter steht gegen die anschwellenden Massen die vereinte schwarz-rot-gelbe Front der Staatskünstler und Preßsäcke gegen die aufbegehrenden Hungerleider, — den „Janhagel" sagen die sozialdemokratischen Bonzen — noch fester. Auch die Schnellgerichte, die momentan in Moabit gefangene Proletarier verknacken, werden sich bis dahin einarbeiten, um dem Ansturm an Aufträgen gerecht zu werden.

Wenn bis dahin das Proletariat nicht begriffen haben sollte, daß es nicht seine Aufgabe sein kann, nach den Lobh